



63. Sitzung, Montag, 29. Juni 2020, 14:30 Uhr

Vorsitz: *Roman Schmid (SVP, Opfikon)*

Verhandlungsgegenstände

- 1. Mitteilungen 2**
- 2. Klimaschutz: Masterplan Dekarbonisierung – Ausstieg aus den fossilen Energien 2**
 Motion Thomas Forrer (Grüne, Erlenbach) vom 20. August 2018
 KR-Nr. 228/2018, RBB-Nr. 1052/7.11.2018 (Stellungnahme)
- 3. Klima-Ziel kompatibel mit dem Klimavertrag von Paris..... 14**
 Parlamentarische Initiative Karin Fehr (Grüne, Uster), David Galeuchet (Grüne, Bülach) vom 7. Januar 2019 KEVU
 Kommission für Energie, Verkehr und Umwelt
 KR-Nr. 13/2019
- 4. Initiative zur Änderung des Energiegesetzes..... 23**
 KEVU Kommission für Energie, Verkehr und Umwelt
 Vorlage 5402b
- 5. Ökologisch verantwortbare Gewächshäuser..... 34**
 Motion Thomas Wirth (GLP, Hombrechtikon), Barbara Schaffner (GLP, Otelfingen) vom 21. Januar 2019
 KR-Nr. 24/2019, Entgegennahme als Postulat, Diskussion
- 6. Befristete Förderung der Infrastruktur für eine CO2-arme Mobilität 40**
 Motion Alex Gantner (FDP, Maur), Ann Barbara Franzen (FDP, Niederweningen), Andreas Geistlich (FDP, Schlieren)
 KR-Nr. 107/2019, Entgegennahme, Diskussion
- 7. Intensive Begrünung von urbanen Zentren gegen die Hitzebelastung im Zeitalter des Klimawandels..... 50**

Motion Andrew Katumba (SP, Zürich), Silvia Rigoni (Grüne, Zürich), Thomas Wirth (GLP, Hombrechtikon) vom 6. Mai 2019
KR-Nr. 129/2019, RRB-Nr. 739/21.8.2019 (Stellungnahme)

8. Verschiedenes 56

Rücktritte

Neu eingereichte parlamentarische Vorstösse

1. Mitteilungen

Geschäftsordnung

Ratspräsident Roman Schmid: Das Wort wird nicht verlangt. Die Traktandenliste ist in der vorliegenden Form genehmigt.

2. Klimaschutz: Masterplan Dekarbonisierung – Ausstieg aus den fossilen Energien

Motion Thomas Forrer (Grüne, Erlenbach) vom 20. August 2018
KR-Nr. 228/2018, RBB-Nr. 1052/7.11.2018 (Stellungnahme)

Thomas Forrer (Grüne, Erlenbach): Das CO₂-Gesetz, das der Nationalrat in diesem Monat verabschiedet hat, verlangt, dass bis 2030 der CO₂-Ausstoss gegenüber dem Wert von 1990 halbiert wird. Wenn wir im Kanton Zürich unseren CO₂-Ausstoss weiterhin so gemächlich reduzieren, wie wir das seit 1990 gemacht haben, dann würde es bis 2050 dauern, bis wir ihn nur halbiert hätten. Um das Etappenziel, das uns jetzt das CO₂-Gesetz vorgibt zu erreichen, müssen wir unseren CO₂-Ausstoss in den bevorstehenden zehn Jahren um genau gleich viel reduzieren, wie das in den letzten 30 Jahren geschehen ist. Das ist eine sehr grosse Aufgabe, und diese Aufgabe wird noch grösser, wenn wir bedenken, dass wir allerhöchstens bis 2040 noch Zeit haben, um auf netto null zu kommen und das 1,5-Grad-Ziel des Pariser Klimaabkommens einzuhalten.

Die FDP hat dieses Wochenende gegenüber dem Tages-Anzeiger verlauten lassen, dass wir diese Absenkung, diese grosse Absenkung des CO₂, dass wir dies mit Bürokratie-Abbau und mit Innovationsförderung hinbekommen. Hand aufs Herz, geschätzte FDP, damit kommen wir bestimmt nie auf netto null. Und die SVP wiederum sagte im selben Artikel, sie wolle die Verwaltung nicht mit Berichten wie dem Masterplan «Dekarbonisierung» belasten. Ich muss Ihnen sagen: Erstens handelt es sich beim Masterplan, den wir mit dieser Motion fordern, um keinen Bericht, sondern um einen verbindlichen Plan zur CO₂-Absenkung auf netto null, und zweitens möchte ich Sie fragen, geschätzte SVP, können Sie uns denn so frisch ab der Leber einfach sagen, wo man jetzt genau im Kanton Zürich, mit welcher Massnahme, zu welchem Zeitpunkt ansetzen muss, damit wir irgendwann auf netto null kommen? Ich glaube, Sie haben diesen Masterplan nötiger als wir alle hier drin. Ich glaube nicht, dass Sie das auf dem Radar haben, und jetzt kommen Sie noch und sagen, die Verwaltung dürfe nicht belastet werden, wie wenn Sie das bisher jemals gekümmert hätte.

Der Masterplan «Dekarbonisierung», den wir mit dieser Motion verlangen, ist kein nettes Berichtlein, er ist kein nettes Dokument, so wie es etwa die beiden Massnahme-Pläne «Klimawandel» sind, die Alt-Regierungsrat Kägi (*Markus Kägi*) noch kurz vor seinem Rücktritt veröffentlicht hat. Wenn ich diese beiden Dokumente von Kägi in die Hand nehme, liebe SVP, verstehe ich tatsächlich Ihre Skepsis gegenüber Berichten. In diesen beiden Berichten nämlich wimmelt es von Formulierung wie: Massnahmen prüfen, Entwicklungen verfolgen, Empfehlungen erarbeiten, Pilotprojekte begleiten, Ziele evaluieren. Das sind alles Zitate aus den ersten zusammenfassenden Seiten des Berichtes. Nur, etwas fehlt darin: konkrete CO₂-Reduktionsmassnahmen und Etappen-Ziele für ihre Umsetzung. Und genau aus diesem Grund haben Martin Neukom und ich 2018 die vorliegende Motion eingereicht, weil es mit der CO₂-Reduktion in unserem Kanton endlich konkret werden muss, weil sie als Querschnittsaufgabe über alle gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Bereiche in unserem Kanton zu koordinieren und verbindlich umzusetzen ist.

Dass Martin Neukom nun hier und heute seine eigene Motion von diesem Rat vermutlich entgegennehmen muss, ist kein Zufall. Die Bevölkerung hat im Wahljahr 2019 ein klares Wort gesprochen und deutlich signalisiert, was sie in der Klimapolitik will, nämlich, dass es vorwärtsgeht. Entsprechend verlangen wir, dass der Masterplan «Dekarbonisierung» verbindlich festhält, auf welchem Weg, mit welchen Mitteln und

Massnahmen und mit welchen Etappenzielen wir im Kanton Zürich folgende Ziele erreichen: Erstens, bis spätestens 2040 ein emissionsfreier Gebäudepark, zweitens, bis spätestens 2040 ein emissionsfreier Individualverkehr, drittens, eine starke Umlagerung des Verkehrs auf ÖV, Velo und Fussgängerverkehr, viertens, eine deutliche Verkürzung der Verkehrswege durch eine kluge Raumplanung, fünftens, eine Transformation bei Industrie und Gewerbe auf 100 Prozent erneuerbare Energien, sechstens, der Abzug aller Finanz-Anlagen auf Erdöl, Erdgas und Kohle bei den kantonalen Anstalten, siebtens, die Überprüfung aller kantonalen Leistungsaufträge und Programmvereinbarung auf klimaschädliche, beziehungsweise klimaschützerische Handlungsfelder, achthens und weiteres, grundsätzlich sollen alle gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Bereiche im Kanton CO₂-frei werden – CO₂-Reduktion ist eine Querschnittsaufgabe, die alle Direktionen betrifft.

Grundsätzlich wollen wir es heute aber der Regierung überlassen, ob sie dafür einen neuen Masterplan «Dekarbonisierung» erlässt oder ob sie die Massnahmenpläne «Klimawandel im Kanton Zürich», die Herr Kägi noch verabschiedet hat, derart tiefgreifend überarbeitet, so dass diese dann auch tatsächlich ihren Namen verdienen, nämlich Massnahmenplan «Klimawandel» und kein Geschwurbel mehr enthalten. Das heisst, wir verlangen, dass in sämtlichen relevanten Bereichen, jetzt die Handlungsfelder und die Handlungsziele direkt über die Wirkungsebene definiert werden und nicht wie bis anhin in den Berichten auf der Planungsebene. Wir verlangen zudem, dass der Masterplan aufzeigt, welche Gesetzesänderungen und welche Anpassungen von Verordnungen nötig werden, um das CO₂-Ziel «netto null» umzusetzen. Und wir verlangen, dass für alle Bereiche ganz klare Etappenziele für die CO₂-Reduktion definiert werden inklusive Massnahmen für den Fall, dass diese Etappenziele nicht erreicht werden.

Der Masterplan «Dekarbonisierung» soll also zum Herzstück der Zürcher Klimapolitik werden. Entsprechend hoch sind die Erwartungen, die wir an die Regierung stellen und haben. Zudem muss der Masterplan zügig erarbeitet werden. Wenn für diese eminent wichtige Querschnittsaufgabe zusätzliche Mitarbeiterstellen nötig sein sollten, sind wir Grünen bereit, dafür Hand zu bieten. Es kann und darf nicht sein, dass sich die CO₂-Reduktion für die 1,6 Millionen Einwohnerinnen und Einwohner im Kanton verzögert, weil der Verwaltung zum Beispiel drei Stellen fehlen.

Die CO₂-Reduktion duldet keinen Aufschub. Wir müssen vorwärts machen und unseren Kanton heute aufgleisen und gegen netto null bringen. Ich danke Ihnen.

Ueli Bamert (SVP, Zürich): Ich gebe der guten Ordnung halber meine Interessenbindung bekannt: Ich bin beruflich tätig bei Avenergy Suisse, dem Verband der Mineralölimporteure in der Schweiz, eine Branche, wie Sie wissen, die stark von den klimapolitischen Entscheidungen betroffen ist, die aber auch gute Lösungen anzubieten hat, gute konstruktive Lösungen, sei es die Förderung der Wasserstoff-Mobilität oder die Förderung von biogenen und synthetischen Treibstoffen. Nun, ich mache das gerne, ich gebe gerne meine Interessenbindung bekannt, ganz im Gegensatz zu vielen Vorrednern dieser sogenannten Klima-Allianz. Es gibt sicher den einen oder anderen, der durchaus auch im Vorstand eines Verbandes sitzt oder vielleicht sogar beruflich verbandelt ist mit Firmen, die von den klimapolitischen Entscheidungen hier drin profitieren. Ich finde es, ehrlich gesagt, bemerkenswert, dass wir hier noch nichts in dieser Richtung gehört haben.

Nun zum vorliegenden Vorstoss: Wir erinnern uns, diese Motion wurde im Sommer 2018, wie Christian Lucek (*in einem Votum der Ratssitzung am Vormittag*) gesagt hat, in diesem Feuerwerk von Vorstössen eingebracht. Seither ist vieles passiert: Klimastreiks, Grüne Welle, Klimahysterie, Klimanotstand. Wir kennen es alle. Sie werden mir sicher zustimmen, einige dieser Vorstösse damals sind aus Ihrer Sicht immer noch sehr präsent, die muss man noch abarbeiten, andere wurden von der Realität wohl überholt. Aber dieser Vorstoss hier, den wir heute besprechen, dieser Masterplan für die Dekarbonisierung, der klingt wahnsinnig interessant, war aber schon damals komplett überflüssig.

Ich muss mich schon fragen: Haben Sie in den letzten Jahren irgendwann einmal die Zeitung gelesen oder die Nachrichten geschaut? Haben Sie den Jahresbericht von irgendeinem KMU oder von einem x-beliebigen Grosskonzern durchgeblättert? Dann hätten Sie gemerkt, dass ein solcher Masterplan «Dekarbonisierung» schon seit Jahren läuft und zwar in allen Bereichen der Gesellschaft: Jeder Beamte in diesem Land überlegt sich tagein tagaus Massnahmen, mit denen noch mehr CO₂ eingespart werden kann, Politikerinnen und Politiker, insbesondere von Ihrer Seite, denken sich laufend neue Vorstösse aus, mit denen sie den Bürger zu noch mehr Klimaschutz erziehen können. Jeder Journalist, jede Journalistin in diesem Land wartet gierig auf die nächste Story zur so genannten Klimakrise. Kulturschaffende, Professoren und sonstige Exponenten der Zivilgesellschaft kennen seit Jahren kein anderes Thema mehr als das Klima und jede Firma, ob gross oder klein, gibt sich ein grünes Image und setzt alles daran, ihre Energiebilanz zu

optimieren. Glauben Sie mir, diese Liste könnte man jetzt noch ein bisschen verlängern.

All diese Massnahmen, die schlagen sich auch wirklich in der Realität nieder. Die Abkehr von fossiler Energie, die ist längst im Gang. Der CO₂-Ausstoss in Gebäuden beispielsweise ist seit 1990 um über ein Viertel gesunken. In neuen Gebäuden werden heute keine Ölheizungen mehr eingebaut und auch fast keine Gasheizungen mehr. Oder im Verkehr: Verbrennungsmotoren, die werden laufend effizienter, der Anteil an Hybrid- und Elektro-Autos steigt. Der CO₂-Ausstoss im Verkehr ist trotz steigender Bevölkerung und deutlich mehr Autos auf den Strassen stagnierend bis leicht sinkend. Und auch die Stromversorgung, das haben wir schon gehört, die ist in der Schweiz noch CO₂-frei, ich sage noch. Sie arbeiten ja gut daraufhin, dass das bald nicht mehr der Fall ist.

Ich komme nicht umhin, in diesem Zusammenhang auch zum x-ten Mal auf eine Tatsache hinzuweisen, die uns zwar allen bekannt ist, aber die Sie hier drin trotzdem nicht gerne hören: Die Schweiz trägt nun gerade einmal ein Promille zum weltweiten CO₂-Ausstoss bei. Und je mehr wir die Emissionen senken, und sie gleichzeitig weltweit steigen, umso unbedeutender wird der Anteil unseres Landes. Selbst wenn wir den Ausstoss von heute auf morgen auf null Tonnen CO₂ senken würden, hätte das keinen Einfluss auf das weltweite Klima. Und Sie sprechen hier ernsthaft von einem Masterplan gerade einmal für den Kanton Zürich. Zur Erinnerung: Das Klima ist ja kein kantonales, es ist auch kein nationales, sondern ein globales Thema. Der Masterplan «Dekarbonisierung», wie gesagt, der existiert bereits, er wird tagtäglich umgesetzt und zwar nicht nur in unserem Kanton, sondern in der ganzen Schweiz: Massnahmen zur Senkung des CO₂-Ausstosses, die wirtschaftlich sinnvoll und demokratisch mehrheitsfähig sind – und das ist das Wichtige –, die werden bereits heute umgesetzt. Regierung, Verwaltung und Private setzen sich bereits heute an allen Fronten für eine vernünftige Reduktion der fossilen Energien ein.

Das alles bringt mich zum Fazit: Der von Ihnen geforderte Masterplan ist nichts Weiteres als ein unnötiges Arbeitsbeschaffungsprogramm für die Verwaltung, die wahrlich Besseres zu tun hätte; das hat sie wirklich, Herr Forrer. Und wir setzen uns immer dafür ein, dass die Verwaltung nicht zu viel Unnötiges tut. Dieser Rat hat mit der Ausrufung des Klimanotstandes im vergangenen Jahr bereits mehr als genug auf die populistische Pauke gehauen. Die SVP macht bei diesem Trauerspiel nicht

mit, und ich bitte auch Sie, diese unnötige Motion abzulehnen und damit ein weiteres Kapitel wirkungsloser Symbolpolitik im Kanton Zürich zu verhindern. Besten Dank.

Ratspräsident Roman Schmid: Ich wurde angefragt, ob es möglich wäre, Sie nicht mündlich über Ihre Restredezeit zu informieren, sondern mit einem kurzen, sanften Glockenschlag. Gehen Sie davon aus, wenn Sie dieses Signal hören, dass Sie dann noch etwa 20 bis 30 Sekunden Redezeit haben.

Ann Barbara Franzen (FDP, Niederweningen): Mit der vorliegenden Motion, die, wie bereits erwähnt, schon 2018 eingereicht worden war, sollte der Regierungsrat nun endlich beauftragt werden, einen Masterplan zur Dekarbonisierung zu erarbeiten. Dieser Masterplan solle aufzeigen, wie und bis wann der Kanton Zürich den vollständigen Ausstieg und Übergang aus den fossilen Energieträgern Öl, Gas und Kohle schaffen soll.

Ein Masterplan, endlich ein Masterplan, das tönt wahrlich nach einem guten Plan. Aber, und das ist ja das Schöne an der Sache, diesen guten Plan hat der Regierungsrat bereits vor einiger Zeit ausgearbeitet. Ich habe in meinem Eingangsvotum darauf Bezug genommen. 2018 sind die umfangreichen Massnahmenkataloge unter Federführung der Baudirektion entstanden: Der Massnahmenplan «Verminderung der Treibhausgase» und der Massnahmenplan «Klimawandel im Kanton Zürich».

Diese beiden Massnahmenpläne gaben der neuen Regierung Grundsätze mit für ihre Legislatur-Ziele. Darin gibt es drei Oberziele: Die Digitalisierung, die Bewältigung des Bevölkerungswachstums und der Klimawandel. Und so gibt es ein Unterziel in den Legislatur-Zielen der Regierung, nämlich, ein Vorgehen zur Dekarbonisierung zu definieren. Und wie die FDP meint, es ist ein Zeichen, der Regierungsrat hat den Klimawandel schon seit einiger Zeit als eine der ganz grossen Herausforderungen angenommen und er zeigt auf, er ist bereit, die notwendigen Schritte zu unternehmen. Auch bei der Diskussion der beiden Postulate zum Klimanotstand wird deutlich, wie und auf welchen Ebenen die Regierung die in den Grundlagenberichten aufgeführten Massnahmen umsetzen will. In allen Bereichen, von der Energie, aus dem Gebäudepark, zum Verkehr, zur Bildung, über die Ressourcen- und Abfallwirtschaft bis zur Raumentwicklung und zur Landwirtschaft sollen Massnahmen getroffen werden, die einen Beitrag zur Dekarbonisierung

und damit zur Erreichung der möglichst raschen Senkung der Treibhausmissionen bis auf netto null leisten. Und auch die Finanzanlagen sind nicht ausgenommen. Zudem wird, und das finden wir von der FDP eine ganz interessante Sache, auch das Potenzial für die Ablagerung von CO₂ in Senken aufgegriffen. Nicht nur Vermeiden von CO₂-Emissionen, sondern ernten und eben ablagern, das sind Zukunftstechnologien, von denen wir gerne mehr hören wollen.

Angesichts dieser Fülle von Ideen, von Massnahmen erzeugt die Motion, über die wir hier reden, eben genau jene wirkungslose Parallelität, die die Verwaltung und den Regierungsrat zusätzlich beschäftigt. Das lehnen wir ab, auch wenn wir einige der übergeordneten Ziele durchaus teilen. Wir sind auch nicht der Meinung, dass es hier noch notwendig ist, der Regierung zusätzliche Aufgaben mitzugeben. Wir müssen ihr auch nicht weiter auf die Finger schauen. Wir sind der Überzeugung, die Regierung macht das im Moment gut.

Zu Thomas Forrer noch kurz: Eine derartige Verkürzung, nämlich, dass die FDP die Ziele «netto null» bis 2050 über einen Bürokratie-Abbau erreichen wolle, das ist nun wahrlich eine Verkürzung, die nicht statt-haft ist. Ich verweise hier auf die Bundesebene, wo die FDP massgeblich am CO₂-Gesetz beteiligt war. Die Haltung der FDP-Fraktion habe ich bereits heute Morgen dargelegt. Wir haben die Ideen. Meine Kollegen Dieter Kläy und Beat Habegger werden nach mir sprechen und auch noch etwas dazu sagen. Unsere Ideen sind tauglich, und es bleibt dabei: Wir lehnen die Motion ab. Sie ist nicht mehr nötig. Besten Dank.

Andreas Hasler (GLP, Illnau-Effretikon): Wir alle sind süchtig, süchtig nach Kohlendioxid. Wir können uns unser tägliches Leben ohne den ausgiebigen Konsum des Stoffes kaum vorstellen. Das ist auch nicht erstaunlich: Der Stoff ist einfach verfügbar, er ist gesellschaftlich akzeptiert und er ist billig. Weshalb sollen wir ihn also nicht gebrauchen? Erst recht dann, wenn wir deswegen im täglichen Leben keine unmittelbaren negativen Wirkungen wie etwa einen Zerfall des eigenen Körpers spüren, wie das bei andren Süchten der Fall ist. Die Antwort ist einfach: Weil die negativen Auswirkungen zwar nicht so unmittelbar auffallen, dafür umso gravierender sind. Kurz zusammengefasst, führt unsere heutige Treibhausgassucht dazu, dass wir in Zukunft wegen einer rasend schnellen Klimaveränderung unsere Lebensgrundlage massiv beeinträchtigen, wenn nicht sogar ganz verlieren. Da ist es nur logisch, dass wir auch auf kantonaler Ebene einen Weg finden wollen, wie wir das verhindern.

Die vorliegende Motion verlangt vom Regierungsrat, einen solchen Weg aufzuzeigen. Sie verlangt Verbindlichkeit, indem der Regierungsrat die nötigen Gesetzesanpassungen vorschlagen soll. Und genau das brauchen wir jetzt: Verbindlichkeit, einen verbindlichen Masterplan mit verbindlichen Zwischenzielen, geschätzte Klimazweifler. Heute genügt ein Lippenbekenntnis, dass wir die Sache schon ernstnehmen, ganz klar nicht. Heute ist nicht der Zeitpunkt für den Blick auf ein Detail, das vielleicht im Jahr 2029 noch nicht ganz so klar ist. Heute dürfen wir uns nicht hinter dem Konjunktiv verstecken, was denn alles noch hätte, könnte, wäre, nur, um unser Nichtstun zu verschleiern. Es genügt auch nicht, abenteuerliche Zahlen zum Verkehr aufzutischen, Herr Bamert. Nein, heute brauchen wir einen verbindlichen Auftrag an die Regierung, sich einer der grössten Herausforderungen unserer wie auch der nächsten Politikergeneration offensiv anzunehmen.

Heute machen wir, heute machen Sie den Unterschied zwischen unverbindlichem Parlieren und verbindlichem Handeln. Erteilen Sie jetzt der Regierung einen Auftrag, einen Weg aus der Kohlendioxid-Sucht vorzulegen. Überweisen Sie zusammen mit der Klima-Allianz die Motion. Danke.

Ruth Ackermann (CVP, Zürich): Durch diese Motion soll ausdrücklich ein Masterplan entstehen zum Übergang von fossilen zu erneuerbaren Energien, und nicht wieder ein neues Gesetz, was absolut im Sinne der CVP ist. Auch hier erwarten wir vom Baudirektor, dass er prüft, ob der Massnahmenplan «Verminderung der Treibhausgase» mit den definierten 28 Massnahmen nicht bereits in dieser Motion gewünschten Aktionen und Massnahmen abdeckt. Sollte dies nicht der Fall sein, freuen wir uns, wenn wir vom Baudirektor einen Vorschlag bekommen, den die Motionäre und die CVP-Fraktion zufriedenstellt.

Wir unterstützen diese Motion.

Dieter Kläy (FDP, Winterthur): Wir haben heute Morgen viel über Klimaverträglichkeitsprüfungen gesprochen, über Massnahmen im Bereich der Raumplanung, jetzt steht die Dekarbonisierung zur Debatte. Ich möchte Ihnen in Ergänzung zum meiner Vorrednerin der FDP einfach einmal aufzeigen, was die Wirtschaft heute schon macht. Die Wirtschaft ist nämlich äusserst innovativ, vieles braucht eine gewisse Zeit, damit der Wandel passieren kann. Aber wussten Sie beispielsweise, dass im Kanton Zürich über 1600 Unternehmen, wovon über 800 Grossverbraucher, in einem System eingebunden sind, um die Energieeffizienz zu steigern und den fossilen Energieverbrauch zu reduzieren?

Die aktuellen Zahlen sind: Die Energie-Effizienz-Steigerung gemäss Vereinbarung müsste heute bei 107 Prozent liegen, tatsächlich liegt sie bei 120 Prozent. Auch im Bereich der CO₂-Intensität sind die Zürcher Firmen bereits weiter als geplant. Die wirksamsten fünf wirtschaftlichen Massnahmen, die im Kanton Zürich umgesetzt wurden, sind: ICT-Elektrogeräte im Bereich der Lüftung- und Klimakälte, Heizung, Gebäudehülle und Prozessmassnahmen. Sie sehen also, unseren Unternehmen ist nicht egal, was mit der Umwelt passiert, und sie passen laufend mit Hilfe von Energieberatern und Energieberaterinnen ihre Prozesse an. Und zusätzlich: Unsere Unternehmen investieren auch in Massnahmen, die wirtschaftlich sind, in Massnahmen, die auch zu neuen Jobs führen. Das haben die Unternehmen im Kanton Zürich nicht erst seit gestern gemacht, sondern seit vorgestern. In diesem Sinn: Wir lehnen die Motion ab.

Beat Habegger (FDP, Zürich): Ich spreche jetzt kurz zu dieser Motion und zur anschliessenden PI zum Klima-Ziel (KR-Nr. 13/2019), auch wenn es von der Logik her eher umgekehrt sein müsste.

Das Ziel ist klar: Die Dekarbonisierung. Die Frage ist: Was müssen Wirtschaft und Politik dafür tun? Eigentlich sind es ja zwei Dinge, die wir tun müssen: Erstens müssen wir die CO₂-Emissionen rasch und nachhaltig senken. Darüber haben wir schon viel gesprochen, viel gehört. Weniger gehört haben wir zum zweiten Punkt: Wir müssen nämlich sehr viel investieren in die natürlichen und technologischen Mittel zur Abschöpfung von CO₂ aus der Atmosphäre. Nur mit beiden Ansätzen gemeinsam werden wir dieses Netto-Null-Ziel bis 2050 erreichen. Kurz zum ersten Punkt: Wir müssen die Anstrengung zur CO₂-Reduktion vervielfachen. Vieles liegt bereits vor, wir haben es unter anderem von meiner Kollegin Barbara Franzen gehört. Für uns ist wichtig, dass CO₂-Emissionen ein Preisschild bekommen. Das schafft die Anreize, damit dann auch tatsächlich viel weniger CO₂ emittiert wird. Deshalb fordern wir beispielsweise eine verursachergerechte Mobilitätsfinanzierung, eine Finanzierung, die die externen Kosten des CO₂-Ausstosses einrechnet. Zum zweiten Punkt, zum Abschöpfen von CO₂ aus der Atmosphäre: Einige Industrien werden 2050 nicht auf null sein; es wird nicht möglich sein. Deshalb braucht es eben Grossinvestitionen in die Technologien für den Carbon Removal. Das ist eine Aufgabe für Unternehmen, nicht für den Staat. Es gibt gute Beispiele dafür auch im Kanton Zürich. Wir müssen die Rahmenbedingungen setzen, damit diese Unternehmen weiterhin bei uns forschen und entwickeln. Das ist übrigens die Innovation, Kollege Forrer, die wir meinen. Die Nachfrage

nach der CO₂-Reduktion wird gewaltig sein. Der Markt, der hier entsteht, ist eine riesige Chance für den Wirtschaftsstandort Zürich. Das ist innovative, liberale Umweltpolitik, die eben auch zukunftsorientierte Wirtschaftspolitik ist. Dafür steht die FDP ein. Danke.

Hans-Peter Amrein (SVP, Küsnacht): Auch die SVP steht für Innovation ein, aber nicht für einen solchen Vorschlag. Und wenn dann Herr Hasler von der GLP noch sagt, heute ist nicht der Zeitpunkt für ein Detail, dann sehen wir, auf welchem Niveau wir hier in dieser Debatte, die einen ganzen Tag verbraten wird, angelangt sind.

Doch, es ist der Zeitpunkt für das Zürcher Volk, auf diese unsinnigen Vorschläge und Vorstösse der Linken in diesem Rate hinzuschauen. Und die Stimmbürger von Thalwil haben es dieses Wochenende getan. Sie haben nämlich so einen unsinnigen Vorstoss haushoch versenkt. Und ich garantiere Ihnen, bei den nächsten Wahlen werden Sie genau gleich versenkt werden.

Herr Forrer, was wollen Sie eigentlich? Wollen Sie die Menschen bis 2040 abschaffen? Das haben Sie gesagt mit dem letzten Satz, den Sie hier drin vorgebracht haben. Wiederholen sie ihn doch bitte. Wollen Sie die Kühe abschaffen? Keine Kühe mehr im Kanton Zürich? Drei Stellen wollen Sie schaffen, weil Sie mit Ihrem lieben Freund Neukom 2018 einen Vorstoss eingereicht haben, der nichts als ein Luftheuler war, ein Luftheuler für die Wahlen. Und jetzt wollen Sie das durchbringen und stellen selber fest, dass es nicht geht, also, Herr Neukom braucht noch drei Stellen. Und es wird jetzt sehr interessant sein dann, wie Herr Neukom die ablehnende Haltung des Regierungsrates vertritt für diese unsinnige Vorlage. Aber schaffen Sie bitte den Menschen nicht ab.

Marcel Suter (SVP, Thalwil): Mein Kollege Ueli Bamert hat schon vieles erwähnt und die Haltung unserer Partei dargelegt. Da wir wieder einmal eine andere Meinung und andere Argumente haben als fast alle anderen Parteien, leider, erlaube ich mir nochmals nachzudoppeln.

Weder die Schweiz, noch der Kanton Zürich haben wirklich entscheidenden Einfluss auf das weltweite Klima. Das ist eine Tatsache. Dies ist unter anderem der Grund, dass wir bis heute die Entscheidung nicht wirklich verstehen können, wieso dieses Parlament den Klimanotstand für unseren Kanton ausgerufen hat. Was ein Notstand wirklich ist haben wir und mehr oder weniger die ganze Welt in den letzten Monaten erlebt und erleben es noch mittels einer verheerenden Pandemie (*Covid-19-Pandemie*). Und das werden wir leider noch lange in vielerlei Hinsicht spüren.

Ich muss kein Prophet sein, um folgendes vorherzusehen: Diese Motion wird keinen, leider keinen Einfluss haben auf das Weltklima. Aber dieser Masterplan würde voraussichtlich wieder einmal noch weniger Wahlfreiheit, sprich mehr Einschränkung für die Einwohner und Einwohnerinnen sowie für die Wirtschaft in diesem Kanton bringen, in vielerlei Hinsicht Kosten verursachen und vor allem und zuerst noch vielmehr Bürokratie bringen. Dies haben wir in der Vergangenheit nicht unterstützt und dies werden wir auch in der Zukunft nicht unterstützen. Und mein Kollege Hans-Peter Amrein hat es erwähnt: Da ich der einzige Kantonsrat aus Thalwil bin, hier noch ein paar Details an Herrn Forrer: Herr Forrer, eines muss ich Ihnen sagen, die SVP hat 19 Prozent (*Wähleranteil*) in Thalwil, leider nur. Die FDP hat 23 Prozent. Und wir hatten gestern 60 Prozent (*in einer Abstimmung über eine lokale Klima-Initiative*). Beziehen Sie sich auf die Aktualität und reden Sie nicht den ganzen Tag von Mehrheiten. Ihre Partei hat keine Mehrheit weder im Kanton Zürich noch in Thalwil. Danke.

Lorenz Habicher (SVP, Zürich): Ich halte mich kurz: Ich bin froh, dass Herr Forrer eine genaue Aufzählung gemacht hat, welche Punkte erfüllt werden müssen und in welcher Zeit. Es duldet ja keinen Aufschub. Von dieser Ausgangslage aus möchte ich dem Baudirektor, der nach mir spricht, eine Frage stellen, eine konkrete Frage: Was kostet es? Er soll zu jedem der acht Punkte und zu den weiteren den Kostenfaktor, die genauen Kosten für den Kanton Zürich aufzählen, sofern er das kann.

Regierungsrat Martin Neukom: Andreas Hasler hat unseren Öl-Konsum mit einer Droge verglichen. Wenn man dieser Analogie folgt, dann könnte man sagen, es ist eine Droge und es gibt einen Kater – der kommt halt erst 20, 30, 40 Jahre später. Das ist wohl das grösste Problem an dieser Klimakrise: Die Wirkung ist derart verzögert, dass man es fast gar nicht merkt.

Diese Motion, sie verlangt ein Ziel zu definieren, sie verlangt, einen Plan zu erstellen, wie man dieses Ziel erreicht und, falls nötig, die entsprechenden gesetzlichen Grundlagen zu ändern. Die Antwort zu dieser Motion, die ist schon etwas älter; sie ist genau gesagt ein bisschen veraltet, weil wir in der Regierung diesbezüglich inzwischen weiter sind. Einerseits hat die Regierung im Rahmen der Legislatur-Ziele ein langfristiges Ziel definiert, nämlich, dass der Kanton Zürich einen Beitrag leistet zum Klimaschutz. Wir sagen auch deshalb, wir leisten einen Beitrag, weil uns sehr wohl bewusst ist, dass der Kanton Zürich nicht alleine das weltweite Klima bestimmt. Es ist ein bisschen so, wie wenn

Sie an einem Konzert sind und sich sagen, ich applaudiere nicht, weil es auf mich nicht ankommt. Es ist ein bisschen die gleiche Logik; die funktioniert für uns nicht. Der Regierungsrat ist ebenfalls damit einverstanden, was in der Motion kritisiert wird, dass das alte Energie-Gesetz, das aktuell gilt und ein Ziel setzt von 2,2 Tonnen bis 2050, dass dieses Ziel veraltet ist und deshalb revidiert werden muss. Der Regierungsrat hat sich deshalb das Ziel gesetzt analog zum Bundesrat bis 2050 netto null zu erreichen. Ich kann gut verstehen, dass Mitarbeiter von Swissoil das natürlich nicht so gerne hören, wenn man kein Öl mehr verkaufen soll. Aber das ist grundsätzlich das Ziel der Regierung.

Wir planen bereits eine langfristige Klimastrategie zu erlassen. Das ist ein bisschen ein anderer Name für einen Masterplan «Dekarbonisierung». Diese langfristige Klimastrategie werden wir Ende Jahr präsentieren, wenn alles so läuft, wie bis anhin. Darin werden wir einzelne Absenkpfade der einzelnen Sektoren aufzeigen, damit wir das Ziel von netto null erreichen. Und wir werden auch versuchen zu skizzieren, wie denn eine Gesellschaft aussieht, die ohne fossile Energien auskommt. Also, wir machen einen Plan und einen breiten Überblick, um verschiedene Massnahmen gut einzuordnen. Ruth Ackermann hat wegen den Massnahmenplänen gefragt. Das stimmt, es gibt aktuell diese Massnahmenpläne, und ja, wir werden diese überarbeiten, weil sich die Massnahmenpläne in der jetzigen Form nicht geeignet, um netto null bis 2050 zu erreichen. Hier braucht es eine Beschleunigung. Soweit zum Plan.

Zur Umsetzung: Es wurde schon genannt, früher war in diesen Massnahmenplänen noch mehr die Rede von «es ist zu prüfen, ob». Nun kommt vermehrt die Phase, in der wir sagen, «jetzt setzen wir es auch tatsächlich um». Einige Massnahmen sind bereits unterwegs, ein Teil schon beschlossen: Das Gebäudeprogramm als Beispiel, das neue Förderprogramm «Energie» wird nächstens, nämlich am 1. Juli 2020 in Kraft treten. Dann wird es eine Förderung für klimafreundliche Wärmepumpen geben. Weiter ist das Energie-Gesetz auf dem Weg; es ist aktuell in der Beratung bei der KEVU (*Kommission für Energie, Verkehr und Umwelt*), die sogenannten MuKE (*Mustervorschriften der Kantone im Energiebereich*). Ebenfalls planen wir auch die eigenen Liegenschaften des Kantons zu sanieren und Photovoltaik-Anlagen zu installieren, also, wir kehren auch vor unserer eigenen Haustüre. Im Bereich der Gebäude sind die Emissionen aufgrund der zahlreichen Massnahmen schon leicht sinkend, im Verkehr ist das noch nicht der Fall. Im Verkehr gibt es noch ein bisschen was zu tun. Dazu haben wir ja die

gefühlten 20 Vorstösse von Kantonsrat Schlauri (*Simon Schlauri*) zum Thema Elektro-Mobilität.

Fazit: Wir haben das Ziel definiert. Der Plan ist unterwegs, er kommt Ende dieses Jahres. Im Gebäudebereich haben wir schon gezeigt, wie es vorwärtsgeht. Ich denke, wir sind auf Kurs; die ersten Schritte sind gemacht, weitere folgen. Herr Amrein hat noch gefragt, wie ich es rechtfertige, dass wir es ablehnen. Ganz einfach: Es braucht die Motion nicht. Wir arbeiten schon daran. Der Regierungsrat empfiehlt Ihnen deshalb, diese Motion abzulehnen. Danke.

Abstimmung

Der Kantonsrat beschliesst mit Stimmen 100 : 71 (bei 0 Enthaltungen), der Überweisung der Motion KR-Nr. 228/2018 zuzustimmen. Das Geschäft geht an den Regierungsrat zur Ausarbeitung einer Vorlage mit Bericht und Antrag innert zwei Jahren.

Das Geschäft ist erledigt.

3. Klima-Ziel kompatibel mit dem Klimavertrag von Paris

Parlamentarische Initiative Karin Fehr (Grüne, Uster), David Galeuchet (Grüne, Bülach) vom 7. Januar 2019 KEVU Kommission für Energie, Verkehr und Umwelt
KR-Nr. 13/2019

Karin Fehr (Grüne, Uster): Die Erde kann eine erträgliche bleiben. Regierungsrat Martin Neukom hat vor gut fünf Wochen seinen Klima-Deal für den Gebäudebereich präsentiert. Mit einer Änderung des kantonalen Energiegesetzes soll die Wärmeversorgung unserer Häuser CO₂-frei werden, und die Häuser sollen einen Teil ihres Stroms selber produzieren. Martin Neukom macht also Klimaschutz.

Passend zum Klima-Deal von Martin Neukom fordert unsere PI «Klima-Ziel kompatibel mit dem Klimavertrag von Paris» im kantonalen Energiegesetz das CO₂-Reduktionsziel bei netto null festzulegen. Aktuell ist im Gesetz noch ein Reduktionsziel für 2050 von 2,2 Tonnen CO₂ pro Kopf und Jahr verankert.

Die Erde muss eine erträgliche bleiben.

Die internationale Staatengemeinschaft hat sich mit dem Pariser Klima-Abkommen darauf verständigt, die globale Erderwärmung auf deutlich unter 2 Grad Celsius über dem vorindustriellen Niveau zu halten, wenn

möglich sogar auf 1,5 Grad Celsius zu beschränken. Bereits eine Erderhitzung um diese 1,5 Grad würde enorme Klima-Veränderungen, schädliche Folgen und grosse Risiken für Mensch und Umwelt bedeuten. Das hat uns der Weltklimarat IPCC (*Intergovernmental Panel on Climate Change*) bereits Ende 2018 in einem Sonderbericht aufgezeigt: generell höhere Durchschnittstemperaturen zu Land und Wasser, Hitzeextreme, Dürre und Waldbrände, Starkniederschläge und Überschwemmungen, Gletscherschmelze, Anstieg des Meeresspiegels, Versauerung des Ozeans. Und all dies mit weitreichenden Folgen für unsere Gesundheit, für unsere Ernährung, für die Wasserversorgung, für unsere Sicherheit, aber auch für unsere Wirtschaft, denn, das ist klar, die Anpassungsmöglichkeiten menschlicher und natürlicher Systeme sind begrenzt.

Noch 2017 hielt der Bundesrat in seiner Botschaft zur Totalrevision des CO₂-Gesetzes nach 2020 fest, dass sich die weltweiten Treibhausgasemissionen auf einem Pfad befinden, der zu einer globalen Erwärmung von 3 bis 4 Grad führt. Für die Schweiz hätte dies aufgrund der geographischen Lage einen nahezu doppelt so hohen und damit überdurchschnittlich gefährlichen Temperaturanstieg zur Folge. Genau deshalb gingen letztes Jahr zehntausende von Menschen in der Schweiz für eine griffige Klimapolitik auf die Strasse; «ufä mit em Klimaziel, abä mit em CO₂» war deren Motto. Sie forderten und fordern uns heute noch auf, rasch zu handeln. Der Nationalrat hat vor Kurzem mit der Verabschiedung des CO₂-Gesetzes einen ersten, wichtigen Zwischenschritt hin zu einer klimaneutralen Schweiz gemacht; weitere Schritte werden schnell folgen müssen. Mitte April 2020, also vor wenigen Wochen, kommunizierte nämlich das BAFU (*Bundesamt für Umwelt*), dass die Schweiz bei gleichbleibendem Trend ihre Treibhausgasreduktionsziele allein schon fürs Jahr 2020 verfehlen würde. Kaum verwunderlich also, dass zum Beispiel der vergangene schneearme Winter an vielen Ort in der Schweiz der wärmste seit Messbeginn war. Werte Anwesende und geschätzte Zuschauerinnen und Zuschauer, der Klimaschutz, der drängt.

Um sicherzugehen, dass das 1,5-Grad-Celsius-Ziel nicht überschritten wird – das ist das zweite wichtige Ergebnis des IPCC-Sonderberichts –, müssen die Treibhausgasemissionen global bis spätestens um 2040 auf netto null gesenkt und bis 2030 um mindestens die Hälfte reduziert werden, die Hälfte gegenüber 1990. Gemäss dem Net-Zero-Tracker streben aber nur gerade vier Länder, Schweden, Island, Österreich und Finnland, an, die Treibhausgasemissionen vor 2050 auf netto null zu senken.

Das sind deutlich zu wenige, wenn wir uns vor Augen führen, dass global die Treibhausgasemission bis spätestens 2040 auf netto null gesenkt sein müssen, wenn wir das 1,5-Grad-Celsius-Ziel erreichen wollen.

Für die Grüne Fraktion ist deshalb klar: Der Kanton Zürich als Forschungs-, Innovations- und Bildungsmotor der Schweiz verfügt über beste Voraussetzungen, den raschen Rückgang der Treibhausgasemissionen voranzutreiben. Wenn sich Finnland, welches heute noch mehr CO₂ ausstösst als die Schweiz, für 2035 Netto-Null-Treibhausgasemissionen zum Ziel gesetzt hat, warum kann sich der Kanton Zürich nicht der CO₂-Neutralität bis 2030 verschreiben? Die Zürcher Vorreiterrolle gebietet sich aber auch aus Gründen der Klimagerechtigkeit: Wer früh zu viel fossiles CO₂ ausgestossen hat, soll jetzt auch früher damit aufhören und ärmere Länder beim Klimaschutz unterstützen. Oder in den Worten der Klimabewegung: What do we want? Climate justice.

Angesichts der Notwendigkeit von schnell mehr Klimaschutz und Klimagerechtigkeit müssen wir im kantonalen Energiegesetz das heutige CO₂-Reduktionsziel durch ein wesentlich ehrgeizigeres ersetzen. Zusammen, wir haben das von Martin Neukom gehört, mit der Zürcher Regierung schaffen wir das. Ich danke Ihnen für die Überweisung dieser PI.

Orlando Wyss (SVP, Dübendorf): Diese parlamentarische Initiative macht eigentlich keinen Sinn, weil in den nächsten Monaten mit der Vorlage 5614, der Änderung des Energiegesetzes und der Umsetzung der MuKEN 2014 (*Mustervorschriften der Kantone im Energiebereich*), das Energiegesetz sowieso angepasst wird. Der seinerzeitige Erstunterzeichner dieser PI (*der damalige Kantonsrat Martin Neukom*) sitzt nun als Energiedirektor bei den Kommissionsberatungen immer mit am Tisch. Er hat mit Engelszungen dieses Energiegesetz vorgestellt und weiss genau, dass seine rotgrünen Mitstreiter die Vorlage nach seinem Gusto verschlimmbessern werden. Wie dies funktioniert, haben wir anfangs Monat im Bundesparlament mit dem CO₂-Gesetz gesehen. Das Gesetz ist vollgeladen mit Geboten, Verboten, Steuern, Abgaben und Subventionen. Hier wird ein gigantischer Subventionstopf namens Klimafonds geschaffen, aus welchem sich die rotgrüne Klientel reichlich bedienen kann. Bezahlen soll das der arbeitssame Mittelstand mit höheren Steuern, Abgaben und Gebühren. Dieser wird geschröpft, auch als Mieter und Liegenschaftsbesitzer, ohne dass sich auch nur etwas an unserem Klima verändert.

Doch die SVP wird zusammen mit Wirtschaftsverbänden hier das Referendum ergreifen. Denn etwas hat sich verändert gegenüber dem letzten Jahr, als die Wählerinnen und Wähler wohlstandsverwöhnt in wirtschaftlich sonnigen Zeiten sich auf ein Experiment einliessen und massenhaft Politikerinnen und Politiker wählten, welche noch nie in der Privatwirtschaft Geld verdient haben und nur so von Ideen strotzten, das Geld der Steuerzahler umzuverteilen. Die Zeiten haben sich verändert. Der blondbezopfte Klima-Apostel aus Schweden (*gemeint ist Greta Thunberg, schwedische Klimaaktivistin*) ist schlagartig aus den Medien verschwunden und drückt wieder die Schulbank. Die sich letztes Jahr schon abzeichnende wirtschaftliche Abkühlung verwandelt sich in eine starke Rezession. Wir werden diesen Herbst mit einer Arbeitslosigkeit konfrontiert sein, wie wir das uns vor Kurzem nicht vorstellen konnten. Die Angst vor dem Arbeitsplatzverlust wird an erster Stelle des Sorgenbarometers der Bevölkerung stehen. Und da wollen die linksgrünen Klimaenthusiasten, sekundiert mit ihren scheinbürgerlichen Gesinnungsgenossen denjenigen, welche noch eine Arbeitsstelle haben, mit beiden Händen das Geld aus den Taschen stehlen. Wir können gespannt sein, was die KEVU (*Kommission für Energie, Verkehr und Umwelt*) mit ihrer linksgrünen Mehrheit aus diesem Energiegesetz macht.

Die Ziele dieser parlamentarischen Initiative zeigen auf, dass fossile Heizungen in den nächsten Jahren verboten und auch in bestehenden Häusern ersetzt werden müssen. Anders sind diese Ziele nicht zu erreichen. Und gleichzeitig haben wir eine unsinnige eidgenössische Energiepolitik, welche auf Atomkraftwerke verzichten will und zu einer unsicheren Energieversorgung führt. Sollten wir in der Zukunft einen energetischen Lockdown erleben, war die Corona-Krise (*Covid-19-Pandemie*) dagegen ein Kindergeburtstag. Ich hoffe, die FDP kriecht nächstens unter ihrer grünen Decke hervor und sieht am wirtschaftlichen Horizont die dunkeln Wolken, welche die Sonne verdeckt haben – lieber spät als zu spät.

Ob diese PI überwiesen wird oder nicht, macht eigentlich keinen Unterschied. Wie ich Ihnen eingangs schon gesagt habe, werden die Ziele dieser PI von linksgrüner Seite sowieso in die Vorlage 5614 (*Energiegesetz*) eingebracht. Wir von der SVP und EDU werden diesen Unsinn natürlich nicht unterstützen und lehnen diese PI ab.

Christan Schucan (FDP, Uetikon am See): Heutige und künftige Generationen haben Anspruch auf gut erhaltene Lebensgrundlagen. Diese

sind jedoch wegen des Klimawandels und der schwindenden Artenvielfalt immer stärker unter Druck. Die Veränderung des Klimas, die unmittelbar oder mittelbar menschlicher Aktivität zugeordnet werden kann, ist unbestritten eine weltweite Herausforderung. Beispiele hierfür sind der Rückgang der Gletscher, vermehrte Wetterextreme, abnehmende Tier- und Pflanzenvielfalt oder die Veränderungen im Wasserhaushalt.

Die FDP steht zum Pariser Klimaübereinkommen: Die Treibhausgasemissionen müssen bis 2030 gegenüber 1990 halbiert werden, langfristig, das heisst bis 2050, sollen die Emissionen auf netto null gesenkt werden. Ich betone hier netto null, was nicht mit einer absoluten Null gleichzusetzen ist. Gleichzeitig muss die Qualität von Wasser, Luft und Boden verbessert werden, und der Verlust der Artenvielfalt gestoppt werden. Nichtstun ist keine Option. Wir müssen unsere Wirtschafts- und Lebensweise umweltfreundlicher gestalten und den Verbrauch von fossilen Energieträgern reduzieren. Das bedeutet aber nicht Verlust und Verzicht, sondern auch eine Chance für die Gesellschaft und Wirtschaft. Entsprechend macht es auch Sinn, die heutige im Energiegesetz verankerte Vorgabe von 2,2 Tonnen CO₂ auf die Zielsetzung gemäss Pariser Klimavertrag zu reduzieren. Wenn man sieht, dass wir heute bei zirka 5,0 Tonnen stehen, dann sieht man, dass bereits die bestehende Vorgabe nicht einfach zu erreichen ist. Dies bedeutet, dass mit verschärften Zielen auch griffigere Massnahmen notwendig werden.

Hier möchte die FDP mit auf den Weg geben, dass sie Anreizsystemen hier klar den Vorrang gibt. Wie schnell Verbote zu deutlich höheren Arbeitslosenzahlen führen, hat uns auf unfreiwillige Weise der Lockdown aufgrund Covid-19 vor Augen geführt. Klar haben diese Massnahmen das Gesamtsystem runtergefahren, und die gesamte Wirtschaft und Gesellschaft betroffen, allerdings und hoffentlich nur mit der Etikette «nur kurzfristig gültig, so lange unbedingt nötig». Daher kann diese Situation nicht direkt zu Vergleichen herangezogen werden. Diese Erfahrung zeigt aber, dass eine gut funktionierende Wirtschaft, unsere Lebensqualität und unser Wohlstand nicht einfach gegeben sind, sondern sorgsam gepflegt und beachtet werden müssen. Diesem Umstand ist bei der Ausgestaltung von Massnahmen zwingend Rechnung zu tragen. Einen wesentlichen Beitrag dürfte daher nicht nur dem Vermeiden von CO₂-Ausstoss zukommen, sondern auch der Förderung von CO₂-Senken, das heisst Anlagen, die CO₂ aus der Umwelt absorbieren, wie dies die Firma Climeworks in Hinwil heute zugegebenermassen erst im kleinen Stil bereits tut. Interessante Ansätze stellen auch Projekte dar, Kehrrichtverwertungsanlagen so auszugestalten, dass sie kein

CO₂ mehr in die Atmosphäre abgeben, wie dies die KVA Linthgebiet (*Kehrrichtverbrennungsanlage*) mit einem Pilotprojekt bereits verfolgt. Im Sinne dieser Anmerkungen wird die FDP die parlamentarische Initiative vorläufig unterstützen.

Farid Zeroual (CVP, Adliswil): Die Ergebnisse der Beratung in Bundesbern zeigen es deutlich: Gesetzgebung zum wirksamen Klimaschutz ist ein nationales Thema. Bereits in seiner Medienmitteilung vom 28. August 2019 schrieb der Bundesrat: Die Schweiz hat sich im Rahmen des Pariser Klimaübereinkommens verpflichtet, bis 2030 ihren Treibhausgasausstoss gegenüber dem Stand von 1990 zu halbieren. Aufgrund der neuen wissenschaftlichen Erkenntnisse des Weltklimarates hat der Bundesrat an seiner Sitzung vom 28. August 2019 entschieden, dieses Ziel zu verschärfen: Ab dem Jahr 2050 soll die Schweiz unter dem Strich – und ich betone hier ausdrücklich «unter dem Strich» –, keine Treibhausgasemissionen mehr ausstossen.

Mit der Beratung der Vorlage 5614 des Energiegesetzes zur Umsetzung der MuKE n hat der Regierungsrat am 22. April 2020 den Weg in Richtung zur Umsetzung der CO₂-Emissionsziele entlang des Pariser Klimaabkommen eingeleitet. Folgerichtig schreibt der Regierungsrat in der Vorlage 5614 im Kapitel Auswirkungen: «Damit trägt der Kanton seinen Anteil an die vom Bund angestrebte Senkung um 50 Prozent gegenüber 1990 bis 2027 bei und macht einen ersten wichtigen Schritt zur vollständigen Dekarbonisierung, netto null, des Gebäudesektors bis 2050.» Interessant sind die Formulierungen «unter dem Strich» und «netto null» der Regierungen. Diese Formulierungen geben nämlich den Inhalt des Pariser Klimaabkommens in der tatsächlichen Form wieder: Netto-Null-Ziel bis 2050. Den Initianten jedoch, ist mit der Forderung das Energiegesetz «Klima-Ziel kompatibel mit dem Klimavertrag» zu ändern, ein handwerklicher Fehler unterlaufen. So steht in der PI «der CO₂-Ausstoss pro Kopf und Jahr auf 0 Tonnen bis 2050 zu senken». Sorry, eine Absenkung auf absolut 0 Tonnen CO₂ pro Kopf, wie dies im Text zum Ausdruck kommt, ist eine Illusion oder grober Unfug. An dieser Stelle danke ich dem zuständigen Regierungsrat Martin Neukom, welcher ursprünglich Erstunterzeichner der PI war, für sein Einsehen. Mit der Vorlage 5614 wird dem Ziel der CO₂-Reduktion Rechnung getragen, ohne eine unsinnige Regelung in den Artikel eins einzuführen.

Die CVP-Fraktion wird diese PI nicht unterstützen.

Judith Stofer (AL, Zürich): Seit 25 Jahren verbringe ich meine Sommer wie auch Winterferien im Engadin. Je eine Wanderung zum Morteratsch- und Rosegg-Gletscher gehören dabei meistens zum Programm. Es ist eindrücklich mitzuverfolgen, wie schnell der Morteratsch-Gletscher von Jahr zu Jahr wegschmilzt. Seit Beginn der Messungen im Jahr 1878 ist der Gletscher von ursprünglich 8,6 Kilometern auf heute unter 6 Kilometer Länge geschrumpft. Täglich verliert der Gletscher rund eine Tonne Eis und er schrumpft seit Beginn der Messungen pro Jahr im Durchschnitt um 20 Meter.

Mir sind die episch und umständlich vorgetragenen Einwände der bürgerlichen Ratsseite noch in den Ohren, die sie vor rund einem Jahr bei der Klima-Debatte in diesem Rat vorgetragen haben. Dass die Gletscher so rasant wegschmelzen habe natürliche Ursachen, betonte sie damals. Natürliche Einflüsse wie Sonneneinstrahlung, Vulkanismus oder Wechselwirkungen zwischen Atmosphäre und Ozean tragen ohne Zweifel zur Klimaerwärmung bei. Doch – und hier kommt das grosse Aber – zahlreiche Studien haben festgestellt, dass der grösste Teil der Klima-Erwärmung menschengemacht ist. Die wirtschaftlichen Aktivitäten der Menschen sind leider nicht sauber, sondern sie verursachen enorme Mengen an Treibhausgasen. Unsere Lebensweise, unsere Heizungen, das Fliegen, der Strassenverkehr, die Industrie sind für die Konzentrationszunahme von Treibhausgasen wie Kohlenstoffdioxid, Methan und Lachgas verantwortlich. Kurz gesagt, und es ist nicht zum Lachen: der Treibhauseffekt und damit die Klimaerwärmung sind von Menschen gemacht. Wir tragen dazu bei, dass die Gletscher wegschmelzen. Es liegt darum ganz klar in der Verantwortung der gesamten Gesellschaft, den Schaden, den sie angerichtet hat und weiter anrichtet, auch wieder in Ordnung zu bringen. Wir haben als Gesamtgesellschaft eine riesengrosse Bringschuld gegenüber unserer Umwelt, das heisst, wir müssen die Klimaerwärmung so schnell wie möglich stoppen, den Schaden minimieren und die Erderwärmung auf deutlich unter 2 Grad beschränken. Wie Sie ja alle wissen, steht die Forderung von Netto-Null bis 2030 der Klimajugend längst im Raum. Es ist kein ambitioniertes Ziel, sondern schlicht und einfach ein letzter Rettungsanker, um Schlimmeres zu verhindern. Mit Netto-Null bis 2050, wie es die PI fordert, ist das Ziel, an die pragmatische Politik des Kantons Zürich angepasst. Die Alternative Liste wird darum diese PI unterstützen.

Unsere Gesellschaft, die ganze Schweiz, der Wirtschaftskanton Zürich kann das; es braucht ganz einfach den Willen dazu. Wir sind ein hochentwickeltes Land. Wir haben das Knowhow, wir haben kreative Köpfe, die Universitäten und Fachhochschulen sind voll davon, und wir

haben das Geld. Wir haben alles, wir haben die besten Voraussetzungen, um das Klima-Ziel zu erreichen. Wir müssen nur wollen, und die Politik muss gewillt sein, die richtigen Rahmenbedingungen zu setzen. Statt auf die gierige und umweltschädliche Finanzindustrie zu setzen, die uns ins Verderben reitet, sollten wir auf die vielen hellen Köpfe und die KMUs im alternativen Energiebereich und in der ökologischen Wirtschaft setzen. Nutzen wir die Chance, bevor es zu spät ist, und wir nur noch eine tote und vergiftete Welt haben.

Die Alternative Liste wird die Parlamentarische Initiative unterstützen, weil wir vorwärtskommen wollen. Tun Sie es uns gleich, unterstützen Sie die PI und lassen Sie uns gemeinsam einen Schritt vorwärts machen. Besten Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

Beat Habegger (FDP, Zürich): Diese PI verlangt null CO₂-Emission bis 2050, stützt folgerichtig den kantonalen Weg zur Erreichung der Pariser Klima-Ziele, aber wichtig ist, dass bei der Klima-Diskussion, bei den Zielen dieses netto null genannt wird. Warum eigentlich? Farid Zeroual hat richtigerweise darauf hingewiesen. Wir sind ein bisschen gnädiger mit der Formulierung der PI und gehen davon aus, dass eigentlich netto null gemeint ist. Warum netto null? Weil es eben auch 2050 noch Emissionen geben wird. Es gibt einige Industrien, die werden sicher nicht bei null sein, sogar der Klimawandel selber führt etwas paradoxerweise zur Freisetzung von heute natürlich eingelagertem CO₂. Deshalb braucht es eben neben der Emissionsreduktion auch die Entwicklung von marktfähigen Technologien zur Abschöpfung von CO₂ aus der Atmosphäre. Eigentlich müssten wir heute ein neues Ziel fordern; wir müssten eigentlich netto negativ fordern, weil netto null ist nur ein Zwischenziel. Das Emissionsbudget zur Stabilisierung des globalen Klimas über das ganze 21. Jahrhundert verlangt natürlich, dass eigentlich sogar mehr CO₂ aus der Atmosphäre extrahiert werden muss, als bis dahin emittiert wird. Das lässt sich eben mit Emissionsreduktion allein nicht erreichen. Wir müssen CO₂ abschöpfen. Gefordert sind hier Universitäten und Unternehmen, und es müssen sich funktionierende Märkte für den Handel mit Zertifikaten entwickeln. Unternehmen im Kanton haben angefangen, in diese Technologien zu investieren, in diese Märkte zu investieren, in diese Emission-Zertifikate. Das ist eine positive Entwicklung. Ich hoffe eigentlich, dass der Kanton Zürich hier auch etwas dazu beitragen kann. Der Baudirektor hört es jetzt gerade nicht, aber er ist jetzt an der perfekten Stelle, dies zu überprüfen und ich überlasse es ihm als Urheber der PI, jetzt dies umzusetzen. Besten Dank.

Hans-Peter Amrein (SVP, Küsnacht): Es wird immer perverser. Die FDP überholt die CVP noch links. Jetzt haben wir dann bald kein CO₂ mehr in der Atmosphäre, lieber Beat Habegger. Und dann ersticken wir alle, wir haben ja 78 Prozent momentan etwa. Da können wir sicher etwas bewegen im Kanton Zürich.

Aber jetzt noch zu Kollege Forrer: Uns wird vorgeworfen, wir würden diese Debatte verlängern, Herr Forrer. Überhaupt nicht. Sie verlängern diese Debatte. Mein Kollege Wyss hat es Ihnen gesagt: Diese PI, die wird sistiert. Diese PI, die geht nachher in die Debatte des Energiegesetzes. Und Sie könnten mit einem einzigen Satz, das, was Sie hier wollen, diese PI hat einen Satz, könnten Sie dort reinbringen. Also, was Sie machen, ist, Sie verlängern hier die Debatte, liebe Linke und Grüne, und das nur, damit die Bürger uns hier sehen im Fernsehen. Ich weiss nicht, ob das zielführend ist. Und ich weiss auch nicht, ob es zielführend ist, wie hier mit Plattitüden Politik gemacht wird, anstatt – und da mache ich ein Kompliment an Kollege Schucan – dass man vielleicht mal schaut, was man in der Technik machen könnte. Von da (*gemeint ist die linke Ratsseite*) habe ich diesbezüglich noch nichts, noch überhaupt nichts gehört heute, sondern nur linke, grüne Plattitüden-Politik. Und das ist extrem schade, wenn man wirklich konkret arbeiten möchte.

René Isler (SVP, Winterthur): Die Schweiz will umsteigen: weg vom ÖV, hin zum Velo und Auto. Die Corona-Krise wird laut einer grossen Umfrage der schweizerischen Eidgenossenschaft das Mobilitätsverhalten nachhaltig verändern – das wurde übrigens von mehreren Medien dementsprechend auch kolportiert. Das dem zurzeit so ist, werde ich nach meiner kurzen Rede unserer charmanten zweiten Vizepräsidentin (*Esther Guyer*) mittels einer Livefotografie mit Ort und Zeitangabe der S24 von letzter Woche zeigen, wie wir noch kurz vor der Corona-Krise vor Winterthur stehen mussten, waren wir doch tatsächlich nur noch zu zweit in unserem Abteil nach Oerlikon. Und wenn man gestern im ORF (*österreichisches Fernsehen*) ganz zufällig erfährt, dass in China nochmals über 100 Kohlenkraftwerke gebaut werden, diese nochmals zusätzlich mit 4,6 Milliarden Tonnen Kohle befeuert werden, müssen einem die heutigen Diskussionen über unseren schönen Kanton Zürich eigentlich schon zu denken geben. Wir fahren gegen null; wir können zurück in die Höhle. Und China baut Kohlenkraftwerke, die 7,5-tausend Mal mehr CO₂ ausstossen wie die Schweiz im ganzen Jahr, 7,5-tausend zu 1. Darüber müssen wir uns schon auch Gedanken machen. Und wenn

man hört, der Kanton Zürich sei zivilisiert, unterstellen Sie ja den Chinesen, sie seien nicht zivilisiert.

Ueli Bamert (SVP, Zürich): Ich möchte noch eine kurze Replik geben auf das, was Frau Stofer gesagt hat. Ich meine, es ist ja schön, was Sie fordern. Sie fordern CO₂ runter, immer mehr – es kann nicht extrem genug sein. Mittlerweile will sogar die FDP nicht nur die CVP, sondern alle anderen links überholen, indem sie sogar noch ein Minus-CO₂-Ziel definiert. Sie können das alles fordern; das ist okay. Am Schluss muss dann das Volk entscheiden, was es davon hält. Aber hören Sie doch endlich auf, so zu tun, als würde irgendein Gletscher auch nur einen Millimeter weniger schrumpfen, wenn wir hier drin irgendwelche Massnahmen beschliessen. Das ist einfach die Bevölkerung angelogen. Und Sie wissen es ganz genau, dass Ihre ganze Argumentation nur auf dem moralischen Argument baut: Wir müssen, weil wir es können. Das mag sein, doch hören Sie auf, so zu tun, als würde irgendein Gletscher weniger schmelzen, nur, weil wir hier drinnen irgendwelche Massnahmen beschliessen. Vielen Dank.

Abstimmung

Für die vorläufige Unterstützung der parlamentarischen Initiative KR-Nr. 13/2019 stimmen 113 Ratsmitglieder. Damit ist das Quorum von 60 Stimmen erreicht. Die Initiative ist vorläufig unterstützt.

Ratspräsident Roman Schmid: Ich beantrage Ihnen, die parlamentarische Initiative einer Kommission zu Bericht und Antrag zu überweisen. Sie sind damit einverstanden.

Die Geschäftsleitung wird Ihnen an einer der nächsten Sitzungen einen Zuweisungsantrag stellen.

Das Geschäft ist für heute erledigt.

4. Initiative zur Änderung des Energiegesetzes

KEVU Kommission für Energie, Verkehr und Umwelt

Vorlage 5402b

Ratspräsident Roman Schmid: Am 16. Dezember 2019 hat die KEVU (Kommission für Energie, Verkehr und Umwelt) Rückkommen beantragt. Sie will eine Übergangsbestimmung einfügen. Am 23. Juni dieses Jahres haben Ann Barbara Franzen, Niederweningen, und Mitunterzeichnende Rückkommensanträge zu Paragraf 9 und zur Einfügung einer Übergangsbestimmung eingereicht. Der Antrag zu Paragraf 9 wird gesamthaft dem Kommissionsantrag gegenübergestellt. Sollte einer der Anträge eine Mehrheit finden, bedarf diese Änderung eine weitere, zweite Redaktionslesung. Diese würde etwa in vier Wochen, das heisst nach den Sommerferien stattfinden. Über Teil A der Vorlage würde ebenfalls nach der dritten Lesung befunden.

Ich schlage Ihnen vor, gleich hier über das Rückkommen beider Anträge abzustimmen. Für ein Rückkommen benötigen wir 20 Stimmen. Wer gemäss den Anträgen KEVU und Franzen auf die Änderungen zurückkommen will, möge sich vom Sitz erheben.

Ratspräsident Roman Schmid: Das Präsidium stellt fest, dass über 20 Stimmen zusammengekommen sind. Wir haben Rückkommen beschlossen.

Sonja Rueff-Frenkel (FDP, Zürich), Präsidentin der Redaktionskommission: Die Redaktionskommission hat diese Vorlage geprüft. Der Kantonsratspräsident hat die Vergangenheit dieser EI Zürrer (*Hans Zürrer*) vorher kurz zusammengefasst. Die Redaktionskommission hat eigentlich nur folgende Änderungen vorgenommen: Nebst den fehlenden Übergangsbestimmungen, die wir bei der KEVU in Auftrag gegeben haben, haben wir die Vorlage in die formell korrekte Form gebracht, indem nun steht: «Abweisung der Einzelinitiative und Zustimmung zum Gegenvorschlag mit Übergangsbestimmungen». Besten Dank.

Ratspräsident Roman Schmid: Ich beantrage Ihnen, die Redaktionslesung paragrafenweise durchzuführen.

*Detailberatung
Titel und Ingress*

Keine Bemerkungen; genehmigt.

I. Das Energiegesetz vom 19. Juni 1983 wird wie folgt geändert:

§ 9

Ann Barbara Franzen (FDP, Niederweningen): Ich spreche zu Paragraf 9 des Energiegesetzes und zu den Übergangsbestimmungen.

Die EI Zürcher, über die wir hier in der zweiten Lesung befinden, ist eines jener Geschäfte, die noch aus der letzten Legislatur stammen. Ich gebe hier darum nochmals einen kurzen Rückblick: Eingereicht am 4. Februar 2016 Hans Zürcher, am 20 Mai 2016 vom Kantonsrat überwiesen, wollte Hans Zürcher eine Änderung des Energiegesetzes bewirken. So sollte im Paragraf 9 bei neuen Gebäuden und Gebäudegruppen mit zentraler Wärmeversorgung eine individuelle Abrechnung des Wärmeverbrauchs für Heizung und Warmwasser, statt wie bisher bei fünf, neu bereits ab drei Nutzeinheiten gemacht werden müssen. Dafür sollten die Einheiten mit Geräten zur Erfassung des individuellen Wärmeverbrauchs ausgerüstet werden; diese Forderung wollte er auch auf bestehende Gebäude übertragen haben. Gemäss geltendem Recht werden bestehende Gebäude nur nachgerüstet, wenn es zu einer Gesamtsanierung kommt.

In der KEVU war die Initiative im Schnelldurchlauf beraten worden; Unsicherheiten bezüglich des Vollzugs oder aber der technischen und finanziellen Auswirkungen auf den bestehenden Gebäudepark und der wahrscheinlichen Konsequenzen für Mietwohnungen, sprich Mietzinserhöhungen wurden zwar angeschnitten, aber nicht völlig ausdiskutiert. Gänzlich vergessen gingen die üblichen Übergangsfristen bei einer solchen Gesetzesanpassung. In der Debatte über die a-Vorlage, welche sowohl vom Regierungsrat wie von der KEVU-Mehrheit abgelehnt worden war, zeigte sich in den eben erwähnten Punkten die eigentliche Brisanz des Anliegens – trotz der Anerkennung in Bezug auf das Potenzial der EI Zürcher zur Senkung des CO₂-Ausstosses. Eine knappe Mehrheit im Kantonsrat wollte der EI aber dennoch zustimmen. An die KEVU erging dann der Auftrag, die Frage der Übergangsfristen zu prüfen.

Die Haltung der FDP ist klar: Das Thema der verbrauchsabhängigen Wärmekostenabrechnung für Heizung und Wasser ist für uns Freisinnige sowohl aus ökonomischer und ökologischer Sicht interessant. Verursacherprinzip, Kostenwahrheit und auch Eigenverantwortung sind für uns wichtig. So stellen wir auch fest, dass die verbrauchsabhängige Wärmekostenabrechnung bei Neubauten seit Längerem als State-of-the-Art bekannt und vor allem auch bewährt ist. Da sind Regelungen nicht nur ab fünf, sondern auch unter fünf Nutzeinheiten die Norm. Ebenso stehen wir einer entsprechenden Abrechnungspflicht bei der

Gesamterneuerung des Heizungs- und Warmwassersystems positiv gegenüber; das ist sinnvoll und verhältnismässig, aber eben bei der Gesamterneuerung. Schwierig – für Eigentümer wie für Mieterinnen und Mieter – ist hingegen die unkonditionierte Veränderung der Nachrüstungspflicht im bestehenden Gebäudepark.

Aus den skizzierten Überlegungen, die auch die Frage der fehlenden Übergangsfristen und die formal richtige Form eines Gegenvorschlags aufnehmen, haben wir einen weiteren Antrag, der nicht in der KEVU beraten wurde, ausgearbeitet, und zwar zusammen mit anderen Fraktionen, allen voran mit den Grünen. Dieser Antrag referenziert bereits auch die in der Zwischenzeit bekannte Vorlage 5614, Änderung des Energiegesetzes, Umsetzung der MuKEN 2014 (*Mustervorschriften der Kantone im Energiebereich*), welche unter anderem eine Änderung von Paragraph 9 bereits beantragt. Wir verlangen heute in unserem Antrag zusammen mit den Mitunterzeichnenden aus CVP, GLP, SP, EVP und den Grünen eine Verschärfung in Paragraph 9 Absatz 1, wonach neue Gebäude mit zentraler Wärmeversorgung bereits ab mindestens zwei, statt wie in der EI Zürcher gefordert ab drei, und statt wie heute ab fünf Nutzeinheiten mit Geräten zur Erfassung des individuellen Verbrauchs für Warmwasser ausgestattet werden. Auf eine Pflicht zur Erfassung der Heizwärme hingegen wird in unserem Antrag verzichtet. Dies geschieht in Anlehnung an die Vorlage 5614, welche dies als Standard der MuKEN 2014 bereits beantragt. Wie der Regierungsrat in der Weisung schreibt, wird mit der MuKEN 2014 für Neubauten einen sehr tiefen Heizwärmebedarf verlangt. Daher wären nur noch geringe Kosten für die Heizwärme individuell überhaupt zu verteilen. Eine Massnahme, die damit praktisch keine Lenkung bewirken kann. Ich zitiere weiter aus der Weisung des Regierungsrates zur Vorlage 5614: «Dazu kommt, dass das Messen solch kleiner Mengen bei den heute üblichen Vorlauftemperaturen technisch anspruchsvoll ist. Auf die Verpflichtung zur Messung der Heizwärme wird deshalb verzichtet.» Damit soll für Neubauten bezüglich Heizwärme keine Abrechnungspflicht mehr bestehen. Bei bestehenden Gebäuden und Gebäudegruppen ist die Ausrüstung von individueller Wärmekostenabrechnung weiterhin an eine Gesamterneuerung geknüpft, wie dies der Regierungsrat ebenfalls in der Vorlage 5614 beantragt. Die Änderung tritt verzögert nach einer Übergangsfrist von drei Jahren in Kraft, auch eine Verschärfung gegenüber dem Antrag der KEVU.

Mit dem neuen Antrag, der hinter den Kulissen ausgearbeitet worden war, schlagen wir dem Kantonsrat einen echten Klima-Deal in einem wichtigen, wiederkehrenden Teil des Gebäudebereichs vor. Er fusst auf

dem Verbraucherprinzip, auf der Kostenwahrheit, referenziert auf bereits bestehenden technologisch sinnvollen Lösungen und widerspiegelt bei den Neubauten die heutige Realität. Eine Verschärfung wird da eingeführt, wo sie sinnvoll und machbar ist, machbar für Eigentümer, aber auch für Mieterinnen und Mieter, damit alle das aus ihrer Sicht Tragbare für das Klima tun. Insofern steht der Antrag FDP und Mitunterzeichnende auch für eine zielorientierte und wirksame Zusammenarbeit zwischen den Fraktionen. Vielen Dank auch dafür. Ich danke für die Unterstützung unseres Antrags.

Orlando Wyss (SVP, Dübendorf): Wie auch schon beim letzten Traktandum, welches wir behandelt haben (*KR-Nr. 13/2019*), spielt es eigentlich keine Rolle, was wir heute in der Vorlage 5402 beschliessen. Dieses Ansinnen wird in der Vorlage 5614, Energiegesetz Umsetzung der MuKE 2014, behandelt und eingebracht werden. Und wie wir die parlamentarischen Mehrheiten in dieser Legislative kennen, wird dieses Ansinnen ein Bestandteil dieses Gesetzes werden. Doch inhaltlich werde ich mich trotzdem zu diesem Geschäft äussern: War die Einzelinitiative Zürcher geprägt durch eine ideologische Verblendung, bei welcher sogar eine Mehrheit des Kantonsrates mitgemacht hat, kommt die neue Vorlage 5402 doch einiges vernünftiger daher. Sehr wahrscheinlich haben sich die SP-Exponenten von dem Hinweis beeinflussen lassen, dass die ursprüngliche Einzelinitiative extrem mieterfeindlich sei. Sogar die Alternative Liste hat aus diesen Gründen dagegen gestimmt. Die SP hat dazumal nicht gemerkt, dass die Mieter die Leidtragenden sein würden, welche die Kosten der Abrechnungsermittlung bei bestehenden kleinen Gebäuden zu leisten hätten. Dass die SP hier schlauer geworden ist, bewerte ich positiv. Doch die Bestimmung, Neubauten mit zentraler Wärmeversorgung jetzt ab zwei Nutzeinheiten mit Geräten zur Erfassung des individuellen Verbrauchs für Warmwasser auszurüsten, ist absolut unverständlich. In diesem Punkt geht die Vorlage sogar über die ursprüngliche Einzelinitiative hinaus, was weltfremd ist. Dass sich hierzu eine sogenannt bürgerliche und wirtschaftsfreundliche Partei als Steigbügelhalter dieses wirtschaftsfeindlichen und sozialpolitisch heiklen Ansinnens hergibt, erstaunt mich sehr. Doch bin ich sehr dankbar, dass man nicht in der sich anbahnenden wirtschaftlich schwierigen Lage, den Liegenschaftenbesitzern und deren Mietern zumutet, aus ideologischen Gründen bei bestehenden Gebäuden Mehrkosten aufzuerlegen, welche unter keinem Aspekt Sinn machen. Ich komme bei diesem Geschäft zu der gleichen Schlussfolgerung wie beim vorhergehenden: Es spielt keine Rolle, wie Sie hier abstimmen. Das Anliegen

wird mit den grün-rot-liberalen Mehrheiten in der Kommission sowieso in das Energiegesetz bei der Vorlage 5614 einfließen.

Die SVP und die EDU werden dieser antiliberalen Vorlage aus wirtschaftlichen Gründen nicht zustimmen und diese Vorlage ablehnen.

Rosmarie Joss (SP, Dietikon): Gebäude sind für 24 Prozent des CO₂-Ausstosses verantwortlich. Der CO₂-Ausstoss von Gebäuden wird vom Wärmeverbrauch getrieben, also von der Heizung und vom Warmwasser. Die Vorgaben für Gebäude machen die Kantone, also können wir hier etwas tun. Eigentlich müsste man denken, dass alle Bewohnerinnen und Bewohner von Gebäuden Interesse daran haben, egal ob es eine individuelle Heizungsabrechnung gibt oder nicht, Heiz- und Warmwasserkosten zu senken, da man dafür bezahlt. Bekanntlicherweise hat die Eigenverantwortung der Bevölkerung ihre Grenzen, wie wir aktuell ja auch schmerzlich feststellen müssen (*Anspielung auf die teilweise ungenügend eingehaltenen Verhaltensregeln in der Covid-19-Pandemie*). Dafür gibt es im Gebäudebereich wenigstens eine einfache Lösung, eben die verbrauchsabhängige Heizkosten- und Warmwasserabrechnung, auch genannt VHKA. Diese funktioniert nämlich sehr effektiv, wie eine Studie des BfE (*Bundesamt für Energie*) gezeigt hat; sie führt tatsächlich zu einer Senkung des Verbrauchs, denn, wenn selbst bezahlt werden muss, wird auch weniger verschwendet. Es ist daher ein gerechterer Ansatz, denn er führt dazu, dass jene zahlen, die auch tatsächlich verbrauchen, man also nicht mehr denken kann, egal, etwas mehr macht nichts, die anderen zahlen ja mit. Mit dieser Vorlage heute haben wir inhaltlich das wohl konkreteste Geschäft in dieser Klimadebatte, das in kurzer Frist auch tatsächlich ein Gesetz ändert.

Die Klima-Allianz wird dem Antrag Franzen zustimmen. Es ist ein breiter Kompromiss; er führt dazu, dass die Warmwasserversorgung in neuen Gebäuden nun individuell abgerechnet wird, nicht erst ab fünf Parteien, sondern grundsätzlich, sogar schon bei zwei. Das Heizen ist allerdings bei Neubauten ausgenommen, da diese eben einen so tiefen Energieverbrauch haben, dass die Abrechnung verhältnismässig sehr kompliziert wird. Andererseits ist es schade, weil, es hätte ein Mehrge-
winn an Wissen gebracht, wohin die Energie hinfliesst. Aber da es kostenmässig keine grossen Auswirkungen hat, ist klar, dass die Heizkosten zu tief sind.

Für die bestehenden Gebäude gibt es nun diese Änderung, dass nun schon ab drei Parteien bei einer Gesamterneuerung diese VHKA eingeführt werden muss, was ich sehr begrüsse. Dabei sind wir summa summarum bei einer Mini-EI-Zürner gelandet. Dafür haben wir eine klare

und einfach umsetzbare Lösung, bei der sichergestellt ist, dass es nicht zu Härtefällen kommen kann von unverhältnismässigen Kosten bei nachträglichen Installationen, welche dann die Mieter zahlen müssten, weil hier eben ein zu grosses Missbrauchspotenzial vorhanden ist, wenn es nicht noch weitere klarere Regelungen gibt. Wie schon gesagt, es handelt sich hier um einen pragmatischen Kompromiss. Er ist ein kleiner Schritt vorwärts, aber er ist, ehrlich gesagt, kein grosser Satz. Der Satz, der sollte mit dem neuen Energiegesetz kommen respektive mit der Revision des neuen Energiegesetzes. Diese wird die entscheidende Vorlage im Gebäudebereich sein.

Die SP wird sich auch dort dafür einsetzen, dass der CO₂-Ausstoss der Gebäude reduziert wird und dass dies auf sozial verträgliche Art geschieht. Herzlichen Dank für die Zustimmung zum Antrag Franzen.

Ruth Ackermann (CVP, Zürich): Nach langem Ringen steht nun ein Gegenvorschlag indem für uns, für die CVP-Fraktion, alle wichtigen Punkte aufgenommen wurden und auch die neue Vorlage zum MuKEN berücksichtigt wurde. Zudem wurde darin auch die geforderte Übergangsfrist geregelt. Es wurde erkannt, dass eine individuelle Messung des Warmwasserverbrauchs durchaus die positive Wirkung haben kann, dass haushälterisch mit heissem Wasser umgegangen wird. Da immer mehr Gebäude durch diverse Massnahmen weniger Bedarf an Heizwärme haben und es hoffentlich in Zukunft in die gleiche Richtung weitergehen wird, ist eine individuelle Abrechnung der Heizkosten weniger relevant und lohnt sich aufgrund der kleinen Beträge kaum mehr. Daher sollte nur der Warmwasserverbrauch verbrauchsabhängig verrechnet werden. Dazu müssen mindestens Wasserzähler eingebaut werden.

Die CVP-Fraktion wird den Gegenvorschlag unterstützen.

Judith Stofer (AL, Zürich): Am Anfang dieser Vorlage stand die Einzelinitiative Hans Zürrer aus Zürich, die vor einem Jahr die erste Hürde in diesem Rat genommen hatte und überwiesen worden war. Die EI Zürrer verlangte, dass neue und bestehende Gebäude ab drei Nutzungseinheiten mit Geräten zur Erfassung von Warmwasser- und Heizwärmeverbrauch auszustatten seien. Bis anhin bestand nur eine Pflicht bei Gebäuden ab fünf Nutzungseinheiten.

Die Umsetzung der EI Zürrer hätte zur Folge gehabt, dass viele ältere Liegenschaften mit solchen Geräten hätten nachgerüstet werden müssen. Diese Nachrüstung hätte unweigerlich Auswirkungen auf die Miet-

zinse gehabt, das heisst, Mieterinnen und Mieter hätten mit einer Erhöhung der monatlichen Mietzinsen rechnen müssen. Es ist eine Realität und nicht von der Hand zu weisen, dass bei Sanierungen Mieterinnen und Mieter in den meisten Fällen mit einer Erhöhung der von ihnen monatlich zu berappenden Mietzinsen rechnen müssen.

Die Energiewende ist wichtig, ohne soziale Werte ist sie aber nichts wert. Ich beziehe mich hier auf Balthasar Glättli, Präsident des Mieterinnen- und Mieterverbands der Deutschschweiz und der neue Chef der Grünen Partei, der Anfang Jahr eine Kolumne im PS (*Wochenzeitung*) mit dem knalligen Titel «Ja zur Energiewende ohne Mietexplosion» geschrieben hat. In dieser Kolumne verweist er auf eine Studie im Auftrag des Bundes aus dem Jahre 2014. Ich zitiere hier Balthasar Glättli, der wiederum aus der Studie des Bundes zitiert: «Aus Eigentümersicht sind energetische Sanierungsmassnahmen meist rentabel, wobei die Beiträge durch das Gebäudeprogramm berücksichtigt sind (konkret handelt es sich dabei um staatliche Subventionen). Aus Mietersicht sind die auf energetische Sanierungen zurückzuführenden Mietzinserhöhungen in den allermeisten Fällen höher als die Kosteneinsparungen, die aus dem reduzierten Energieverbrauch resultieren.» Ende Zitat des Zitats.

Die Alternative Liste hat die EI Zürcher vor einem Jahr abgelehnt, weil für die Mietenden kein Mehrwert resultiert, sie einzig den Preis für die Sanierung mit höheren Mietzinsen bezahlt hätten und ihre Lenkungsmöglichkeiten, nämlich weniger zu heizen und so etwas für die Umwelt zu tun, praktisch in vielen Fällen ins Leere läuft. Der Wert von solchen Zählern in einem alten, energetisch nicht einwandfreien Haus ist bei null, gleichzeitig hätten die Mietenden für den Einbau dieser Zähler mit höheren Mietkosten zur Kasse gebeten werden können.

Im vergangenen Jahr hat die Kommission intensiv gearbeitet und einen für die Alternative Liste gangbaren Kompromiss ausgearbeitet. Ich spreche vom am 23. Juni 2020 von Barbara Franzen neu eingebrachten Antrag. Dieser ist aus unserer Sicht verhältnismässig, weil solche Heiz- und Warmwasserzähler in älteren Gebäuden nur bei einer Gesamterneuerung des Heizungs- und Warmwassersystems und ab drei Nutzungseinheiten eingebaut werden müssen. Hinzu kommt eine Übergangsfrist von drei Jahren nach Inkrafttreten der Gesetzesänderung. Durch diese dreijährige Übergangsfrist gibt es genügend Luft, um eine wichtige Verordnungsänderung auf Bundesebene anzustossen. Ich komme nochmals auf die PS-Kolumne mit dem richtungsweisenden Titel «Ja zur Energiewende ohne Mietexplosion» von Balthasar Glättli zurück. Glättli schreibt, dass die Verordnung über die Miete und Pacht von Wohn- und Gewerberäumen aus dem Jahr 1977 zu ändern sei.

Diese legt nämlich fest, dass bei Sanierungen 50 bis 70 Prozent der Kosten pauschal als wertvermehrend gelten und darum auf die Mieten geschlagen werden können.

Liebe Grüne, lieber Balthasar Glättli, bitte werdet in Bundesbern aktiv. Wir wollen Taten sehen, die auch von den vielen Mieterinnen und Mietern in diesem Land mitgetragen werden können. Die Umwelt und die vielen Mieterinnen und Mieter in diesem Land werden es euch danken. Eine Energiewende ist nur zu haben, wenn auch soziale Aspekte zum Tragen kommen. Umweltpolitik funktioniert nur, wenn Mieterinnen und Mieter nicht als Milchkühe für energetische Sanierungen missbraucht werden.

In diesem Sinne wird die Alternative Liste den neuen Antrag von Barbara Franzen unterstützen und die EI Zürrer ablehnen. Besten Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

Christian Lucek (SVP, Dänikon): Erlauben Sie mir noch eine Bemerkung zum viel gelobten Antrag Franzen. Der ist tatsächlich gut gemeint. Die Differenzierung bezüglich der Ausrüstungspflicht bei Bestandesbauten begrüssen wir ganz klar. Umso unverständlicher ist es, weshalb die FDP jetzt im letzten Moment noch grüner überholt und gegenüber der Einzelinitiative eine Verschärfung einführt bei den Neubauten, also von drei auf zwei Nutzeinheiten. Das ist für uns nicht nachvollziehbar. Es wird als grosser Kompromiss gerühmt. Offenbar wollte man die SVP einfach nicht in diesem Kompromiss haben. Sie können jetzt die Klima-Allianz feiern, und die SVP als die böse Partei darstellen. Wir wurden nicht einbezogen in diesen Kompromiss. Wir hätten ihn gehabt, wenn Sie ihn bei den Neubauten so belassen hätten, wie es die EI Zürrer mit drei Einheiten gefordert hat. Die Allianz ist Ihnen wichtiger als ein Kompromiss innerhalb der Kommission. Wir zimmern nun etwas im Energiegesetz zusammen, das ohnehin in der Kommissionsberatung steht, und wir auch dort so verankert hätten können. Ich danke Ihnen.

Regierungsrat Martin Neukom: Diese individuelle Heizkostenabrechnung dient der Anregung, Energie zu sparen, das heisst, jeder, der eine Wohnung hat, sieht, wie viel Energie er verbraucht, also die Abrechnung erfolgt individuell. Eben es soll ein Anreiz sein, Energie zu sparen. Das funktioniert grundsätzlich auch. Wenn man das analysiert, merkt man, dass diejenigen, die eine individuelle Heizkostenabrechnung erhalten, im Schnitt ein bisschen weniger Energie verbrauchen; das liegt im Prozentbereich. Es ist nicht die Welt, aber immerhin ein bisschen.

Die Einzelinitiative forderte die Pflicht, nachzurüsten. Ich habe in der ersten Lesung dringend davon abgeraten, es so einzuführen, weil es im Vollzug sehr schwierig geworden wäre und auch sehr aufwendig. Das Geschäft kam dann nochmals zurück in die Kommission. Jetzt liegt ein Kompromissantrag vor, der relativ breit abgestützt ist. Der Kompromissantrag will ein Verzicht bei Neubauten. Das ist grundsätzlich sinnvoll, weil, Neubauten sind energetisch so gut, dass diese Temperaturdifferenzen nicht mehr so einfach messbar sind. Und bei Neubauten ist der Energieverbrauch auch derart niedrig, dass sich diese Messungen nicht mehr wirklich lohnen. Bei Warmwasser soll neu bereits ab zwei Einheiten gemessen werden. Das ist in Ordnung, weil, auch beim Warmwasser ist es besonders sinnvoll, weil da die Unterschiede besonders gross sind. Bei den Temperaturen in der Wohnung ist der Unterschied ein bisschen weniger gross als beim Verbrauch von Warmwasser. Grundsätzlich – und das ist eigentlich der wichtigste Punkt – müssen mit dem Kompromissantrag die Messgeräte für die Heizkostenabrechnung nur noch nachgerüstet werden, wenn das gesamte Heizsystem erneuert wird. Dadurch wird diese Regelung vollziehbar. Das war bei der alten Regelung nicht der Fall. Natürlich ist das eine leichte Abschwächung gegenüber der EI Zürrer. Dieser Antrag ist sinnvoll, er ist verhältnismässig und vor allem vollziehbar. Danke vielmals, dass es zu diesem Kompromiss gekommen ist. Unterstützen Sie bitte diesen Antrag. Besten Dank.

Abstimmung § 9

Der Kantonsrat beschliesst mit 126 : 0 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) dem Antrag Barbara Franzen zuzustimmen.

Übergangsbestimmungen

Alex Gantner (FDP, Maur), Präsident der KEVU: Die EI Zürrer hat wahrlich eine Odyssee hinter sich. Ich glaube auch namens der KEVU kann ich als Präsident der Kommission sagen, wir sind alle froh, dass wir nun die Vorlage in einer formal richtigen Form haben. Einerseits die eigentliche Ablehnung der EI, weil es einen Antrag für einen Gegenvorschlag gibt. Und dieser ist nun auch versehen mit einer Übergangsfrist. Das war nämlich der Auftrag, den die KEVU von der Redaktionskommission erhalten hat mit Schreiben vom 17. Juni 2019 nach der ersten Lesung im Kantonsrat vom 27. Mai 2019. Ich zitiere unseren Auftrag: «Die Redaktionskommission hat festgestellt, dass zu dem geänderten Gesetzesbestimmungen Übergangsbestimmungen fehlen, was

bei einer Umsetzung der neuen Norm zu massiven Problemen führen würde. Im Sinne von Paragraf 57a Absatz 2 des Geschäftsreglements Kantonsrat setzt die Redaktionskommission daher ihr Behandlung aus und bittet die KEVU um Klärung der Frage der Übergangsbestimmungen. Zudem regt die Kommission an, das Geschäft in die für die Einzelinitiative formell übliche Beschlussform zu bringen, um eine formell korrekte Lesung im Rat zu ermöglichen.» Die KEVU hat umgehend Beratungen aufgenommen bezüglich der formal richtigen Form und auch der Übergangsfristen. Wir haben ebenfalls Beratungen gehabt bezüglich materieller Änderungen, sind dort aber zu keiner Beschlussfassung gekommen.

Der Beschluss der KEVU bezüglich der Übergangsbestimmungen ist datiert mit 16. Dezember 2019 und lautet wie folgt: «Bestehende Gebäude und Gebäudegruppen mit zentraler Wärmeversorgung für mindestens drei Nutzeinheiten sind innert fünf Jahren nach Inkrafttreten dieser Gesetzesänderung gemäss Paragraf 9 Absatz 1 auszurüsten.» Die Begründung ist, die Kommission für Energie, Verkehr und Umwelt wurde von der Redaktionskommission aufgefordert, die geänderten Gesetzesbestimmungen mit Übergangsbestimmungen zu versehen, um bei einer Umsetzung der neuen Norm keine massiven Probleme zu bekommen. Ich habe daher meinen Auftrag namens der KEVU erfüllt. Die KEVU kann diesen Antrag heute nicht zurückziehen, da es keinen entsprechenden Beschluss gibt. Ich stelle aber auch fest, dass diese Übergangsbestimmung sich jetzt auf etwas bezieht, das es nicht mehr gibt, weil eben der Antrag Franzen obsiegt hat. Besten Dank.

Abstimmung zu den Übergangsbestimmungen

Der Kantonsrat beschliesst mit 124 : 40 Stimmen (bei 0 Enthaltungen), den Übergangsbestimmungen von Barbara Franzen zuzustimmen.

Ratspräsident Roman Schmid: Somit ist die Vorlage materiell durchberaten. Das Geschäft geht an die Redaktionskommission zur dritten Lesung, in der materielle Änderungen ausgeschlossen sind gemäss Paragraf 191 Kantonsratsgesetz. Die Redaktionslesung findet in etwa vier Wochen statt, das heisst nach den Sommerferien. Dann befinden wir auch über Teil A und II und III.

Das Geschäft ist für heute erledigt.

5. Ökologisch verantwortbare Gewächshäuser

Motion Thomas Wirth (GLP, Hombrechtikon), Barbara Schaffner (GLP, Otelfingen) vom 21. Januar 2019

KR-Nr. 24/2019, Entgegennahme als Postulat, Diskussion

Ratspräsident Roman Schmid: Der Regierungsrat ist bereit, die Motion als Postulat entgegenzunehmen. Der Erstunterzeichner ist mit der Umwandlung der Motion in ein Postulat einverstanden. Beat Huber und Martin Farner stellen Antrag auf Ablehnung des Postulats.

Andreas Hasler (GLP, Illnau-Effretikon): Ich vertrete Thomas Wirth, der die Sitzung wegen anderer Verpflichtungen hat verlassen müssen. Mit diesem Vorstoss wollen wir Schein und Sein besser in Einklang bringen. Der Schein ist, dass die inländische landwirtschaftliche Produktion in jedem Fall ökologisch besser sei als die ausländische Produktion. Die heutige Realität, das heutige Sein, ist, dass das nicht in jedem Fall stimmt. Gewächshäuser, die mit fossiler Energie betrieben sind, liefern teilweise Früchte und Gemüse mit einer schlechteren Öko-Bilanz als importierte Produkte. Die neue Realität soll sein, dass inländische Tomaten und anderes jedenfalls von der Öko-Bilanz her tatsächlich grundsätzlich besser als ausländische Tomaten sind. Das erreichen wir, indem wir aufhören, die Gewächshäuser mit fossiler Energie zu betreiben. Die Motion respektive neu das Postulat verlangt genau das. Das Postulat kann möglicherweise mit dem Energiegesetz umgesetzt werden; die Ansätze dafür sind in der regierungsrätlichen Vorlage vorhanden. Heute wollen wir aber den Auftrag geben, dass das dann auch tatsächlich so passiert. Deshalb überweist die Klima-Allianz dieses Postulat.

Beat Huber (SVP, Buchs): Meine Interessenbindung: Ich bin Gemüseproduzent und Vorstandmitglied des Zürcher Gemüseproduzentenverbandes und des Zürcher Bauernverbandes.

Die Motion, die in ein Postulat umgewandelt wurde, will den CO₂-Ausstoss beim Heizen von Gewächshäusern durch ein Verbot von fossilen Brennstoffen in den nächsten zehn Jahren verbieten. Wieder ein gut gemeinter Vorstoss, der bei genauer Betrachtungsweise kontraproduktiv ist. Diejenigen Gewächshausproduzenten, die die Möglichkeit haben, mit Abwärme von Kehrlichtverbrennungsanlagen oder Abwasserreinigungsanlagen ihre Gewächshäuser zu heizen, machen dies bereits freiwillig oder sind aufgrund des Druckes des Marktes am Prüfen oder Umsetzen solcher Heizsysteme. Ebenfalls ist der Gemüsebau der

Pionier weltweit, der zusammen mit der Firma «climeworks» – ein ETH-Spinoff – eine CO₂-Anlage in Hinwil in Betrieb nahm, die CO₂ der Luft entzieht und den Pflanzen im angrenzenden Gewächshaus zuführt, um den Pflanzenwachstum zu unterstützen. In der Klimapolitik sollten wir das tun, was möglich ist und Sinn macht, aber keine kontraproduktiven Marketing-Vorstösse unterstützen.

Die Schweiz hat sich zum Pariser Abkommen committet, und das wird auch nicht bestritten. Der Weg zur Dekarbonisierung ist lang und soll nicht mit kontraproduktiven Verboten und Regulierungen zementiert werden. In dieser Debatte sollen nun neue Forderungen geschaffen werden, die realitätsfremd sind und in politische Angelegenheiten hineingreifen, bei denen es klar um nationale Gesetze geht. Es kann nicht sein, dass das Zürcher Parlament Gesetze verabschiedet, die gegen die Interessen der Zürcher Bevölkerung und der Zürcher KMU gehen. Es darf nicht sein, dass eine angeblich unternehmerfreundliche Partei wie die GLP, die von der Corona-Krise (*Covid-19-Pandemie*) stark geschwächte Blumenbranche mit solchen zusätzlichen Kosten in den Ruin treibt und böswillig Arbeitsplätze vernichtet. Mit diesem Vorstoss wird die regionale Zürcher Nahrungsmittel- und Blumenproduktion geschwächt und in die Nachbarkantone und Nachbarländer verlagert. Wir dürfen nicht zulassen, dass eine angeblich ökologisch motivierte Gesetzesänderung die Umwelt mit zusätzlichen Transportwegen und dementsprechend mehr CO₂ belastet und die regionale Produktion erschwert. Das ist kein vernünftiger Umweltschutz.

Schweizweit haben 421 Betriebsstätten mit Gewächshäusern für Gemüse, Blumen und Pflanzen eine beachtliche CO₂-Reduktion gemacht und so rund 14 Millionen Franken weniger für Energie ausgegeben; das sind 140 Millionen Kilowattstunden. Der grösste Teil dieses Geldes wird dazu benutzt, um in neue Technologien und Innovationen wie zum Beispiel Energieschirme, Belüftungs- und Heizsysteme zu investieren. Von den schweizweit 421 sind im Kanton Zürich über 70 Betriebsstätte in demselben System der Zielvereinbarungen eingebunden. Dabei hat die Gewächshausbranche 2019 mit Massnahmenwirkung über 3000 Tonnen CO₂ reduziert und die Energieeffizienz auf knapp 118 Prozent gesteigert. Das ist aktive, verantwortungsbewusste und wirtschaftsfreundliche Klimapolitik, und nicht einfach eine Marketing-Massnahme von wirtschaftsfeindlichen Klima-Lobbyisten.

Die SVP-Fraktion lehnt dieses kontraproduktive Postulat ab, seien Sie umweltfreundlich und tun sie Gleiches. Besten Dank.

Martin Farner-Brandenberger (SVP, Stammheim): Ich gebe meine Interessenbindung bekannt: Ich bin Präsident des schweizerischen Agrarhandelsverbandes für Früchte Gemüse und Kartoffeln «Swisscofel», selber Bio-Produzent und Verwaltungsrat im grössten Gemüsebaubetrieb im Kanton Zürich.

Das Anliegen der GLP, den fossilen Energieverbrauch in den Schweizer Gewächshäusern stark zu reduzieren, wird von der Branche geteilt – Sie haben es von meinem Vorredner gehört – und von den Kunden gefordert. Eine 100-prozentige Abdeckung inklusive der Spitzenlast durch erneuerbare Energien ist jedoch weder sinnvoll noch wirtschaftlich realistisch. Es müssen für die Produzenten schweizweit die gleichen Bedingungen gelten; es kann nicht sein, dass nachher das Gemüse von Genf nach Zürich gekarrt wird, weil der Kantönligeist ungleich lange Spiesse vor allem auch bei den Preisen produziert. Vor allem kleinere Betriebe – ich denke da vor allem auch an die Direktvermarktung – könnten sich eine solche Herausforderungen finanziell schlicht nicht leisten, weil die Investitionen in keinem Verhältnis stehen zu ihren Gewächshausflächen. Das würde der agrarpolitischen Zielsetzung – die Stärkung von Familienbetrieben, Selbstversorgungsgrad, regionale Wertschöpfung – zuwiderlaufen. Während die Grundlast in Gewächshäusern 70 bis 80 Prozent des Energiebedarfs sinnvollerweise mit CO₂-neutraler Energie abgedeckt werden kann, ist für die Spitzenlast – starker Schneefall, Verhinderung des Einsturzes, Minustemperaturen – ein zweites Heizsystem unverzichtbar. Ein CO₂-neutrales System für Spitzenlasten, das nur während wenigen Wochen im Jahr gebraucht wird, ist aktuell wirtschaftlich nicht sinnvoll. Das bestätigen auch in Sachen Nachhaltigkeit engagierte Energie-Berater. Mit kommenden und bereits bestehenden Vorgaben liegen schon genügend und griffige Rahmenbedingungen vor für eine künftige CO₂-neutrale Produktion von Schweizer oder Zürcher Gemüse.

National ist bei Neubauten von beheizten Gewächshäusern die Empfehlung der Konferenz kantonaler Energiefachstellen einzuhalten. Dies ist nur möglich mit nachhaltigen Investitionen in die Isolation der Gebäudehülle, Energieschirme, Doppelverglasung et cetera. Die Vorgaben des kantonalen Richtplanes verlangen bereits heute, dass nur mit erneuerbarer Energie gebaut werden kann. Das geht auch aus einer Antwort des Regierungsrates hervor, Gewächshäuser grundsätzlich mit einem Heizsystem mit erneuerbaren Energien auszurüsten, ist auch eine Vorgabe von Bio Suisse (*Verband für biologische Landwirtschaft*), aber mit einer längeren Übergangsfrist bis ins Jahr 2039. Dynamik in der Sache

kommt auch vom Markt. Da soll sie auch herkommen. So hat die Migros (*Schweizer Detailhandelskonzern*) am 25. Januar 2019 die Schweizer Produzenten von Früchten und Gemüse aufgefordert, bis ins 2025 ihre Gewächshäuser CO₂-neutral zu beheizen. Und auch der Verband der Schweizer Gemüseproduzenten hat in seiner Energie-Strategie festgelegt, dass die Gewächshäuser bis 2030 nur noch CO₂-neutral beheizt werden sollen.

Es ist also unschwer zu erkennen: In diesem dynamischen Umfeld geht in Bezug auf Energie, Ökologie und Ressourcen einiges. Da braucht es keine weiteren Gesetzgebungen im Kanton Zürich. Dazu brauchen wir keine neuen Vorgaben. Ich bin überzeugt, dass der Markt das selber regeln will. Aus diesem Grund bitten wir Sie ebenfalls, das Postulat abzulehnen. Dankeschön.

Edith Häusler (Grüne, Kilchberg): Ich habe noch einen etwas anderen Ansatz zu diesem jetzigen Postulat: Rund fünf Prozent aller Bauernbetriebe in der Schweiz produzieren Gemüse für unseren Markt. Das sind über 410'000 Tonnen in 100 verschiedenen Sorten. Der hohe Konkurrenzdruck von billigerem Gemüse aus dem Ausland, die klimabedingten Ernteauffälle und das Konsumverhalten von Herrn und Frau Schweizer, die am liebsten nur noch schönes und glänzendes Gemüse und schöne und glänzende Früchte essen mögen, haben die Gewächshausproduktion hierzulande innert zehn Jahren auf 30 Prozent ansteigen lassen.

Derzeit gedeihen auf rund 450 Hektaren Gemüse in Gewächshäusern. So wurden zum Beispiel in Birmensdorf 2018 13 Hektaren Landwirtschaftsland, eine Fläche so gross wie 18 Fussballfelder, für Gewächshäuser umgezont. Im Kanton Bern wollte man sogar 110 Hektaren Landwirtschaftsland, also Kulturland, in Glasflächen umwandeln. Das kam dann aber wegen des Widerstands in der Bevölkerung nicht durch. Die allermeisten Produktionen werden aber mit fossiler Energie beheizt und schneiden daher in der Öko-Bilanz massiv schlechter ab als zum Beispiel das Importgemüse aus Almeria, Südspanien oder Marokko. Nur gerade ein Drittel aller Gewächshäuser nützt die Abwärme aus der Industrie. Dabei hätten wir alleine mit den 29 KVA (*Kehrichtverbrennungsanlagen*) und etlichen Holzheizkraftwerken genügend nachhaltige Möglichkeiten für die Wärmenutzung. Lieber Beat Huber, Freiwilligkeit reicht bei Weitem nicht. Meiner Meinung nach müsste das Postulat sogar noch einen Schritt weitergehen und zusätzlich einen längst überfälligen Passus im Gesetz einfordern, welcher verlangt, dass die steigende Gemüseproduktion in Gewächshäusern in die Industriezone

gehört. Glashäuser mit Betonböden haben eigentlich in der Landwirtschaftszone nichts mehr zu suchen. Und zweitens können Synergien in Form von Abwärme anderer Produktionsstätten genutzt werden. Das ist nachhaltige Gemüseproduktion. Nur so geht es.

Die Grüne Partei und die CSP unterstützen dieses Postulat der GLP. Eine Forderung, die mittlerweile auch seitens der Grossverteiler unterstützt wird, wie Sie vorhin gehört haben. Ein wichtiger Schritt in Richtung nachhaltiger Produktion. Danke.

Konrad Langhart (parteilos, Stammheim): Liebes Präsidium, ich hätte es vorgezogen, wenn wir auch bei diesem Geschäft – wie so üblich – die Überlegung der Regierung gekannt hätten. Nichtsdestotrotz: Das Anliegen der GLP, den fossilen Energieverbrauch in den Schweizer Gewächshäusern zu unterbinden und durch erneuerbare zu ersetzen, wird von der Branche – das haben wir bereits gehört – geteilt. Aber es muss wirklich – und auch das haben wir schon gehört – eine schweizerische Lösung her. Es müssen für alle Produzenten die gleichen Bedingungen gelten. Es kann nicht sein, dass nachher das Gemüse aus anderen Kantonen nach Zürich gekarrt wird, weil der Kantönligeist gleich lange Spiesse produziert. Während eine Grundlast in den Gewächshäusern – auch dieses Argument haben wir schon gehört – den normalen Bedarf durch CO₂-neutrale Energie abgedeckt werden kann, braucht es bei Spitzenlast, bei Minustemperaturen heute leider immer noch einen gewissen Anteil an fossilen Brennstoffen. Der Trend geht ja dahin, dass die Gewächshäuser in Zukunft CO₂-neutral beheizt werden. Wir haben auch verschiedene Vorgaben, die nationalen – auch das haben wir schon gehört. Doch ich komme am Schluss nicht zum selben Fazit. Auch meine bäuerliche Interessenvertretung, die Bio Suisse, verlangt ja von deren Produzenten, dass ihre Gewächshäuser mit klimaneutralen Brennstoffen geheizt werden. Und der Markt, die Migros, die verlangt ja schon in fünf Jahren die Heizung mit klimaneutralen Brennstoffen. Also, fünf Jahre bevor diese Übergangsfrist abgelaufen ist.

Wir sind überzeugt, es braucht keine kantonale Regelung, die in der kleinen Schweiz sehr stark marktverzehrend wäre. Und, wie gesagt, alle Bestrebungen laufen bereits in die von den Motionären oder jetzt eben von den Postulanten geforderten Richtung. Wir hätten die Motion abgelehnt. Der Umwandlung in ein Postulat wird die CVP jetzt aber zustimmen, da ja das Anliegen grundsätzlich berechtigt ist. Im Bericht der Regierung, der sicher noch kommen wird, werden unsere Überlegungen enthalten sein. Ich bitte Sie, dem Postulat zuzustimmen.

Marcel Suter (SVP, Thalwil): Gleich zu Beginn muss ich zugeben: Ich habe absolut keine Ahnung von Gewächshäusern und hatte daher anfangs Mühe mit dem Titel dieser Motion. Ahnung genug hat mein SVP-Kollege Beat Huber; er hat bereits seine Meinung dargelegt. Als ich dann den Inhalt der Motion, jetzt Postulat, gelesen habe, wurde mir schnell klar, wenn wir hier zustimmen, erreichen wir etwas, was wir überhaupt nicht wollen: Mehr Verbote, mehr Bürokratie, weniger Freiheit für die Produzenten. Auf der anderen Seite teurere Produkte für die Konsumente, und dies ohne Wahlfreiheit. Der regionale Gemüseanbau im Kanton Zürich wäre massiv benachteiligt gegenüber anderen Kantonen und hätte darunter zu leiden. Nein, liebe Grüne diverser Parteien, die Wirtschaft, hier ein Teil der Landwirtschaft, braucht keine neuen Verbote, keine neuen Vorschriften, möglichst wenig Einmischung vom Staat; dies war bereits vor Corona so und jetzt umso wichtiger.

Bitte reden Sie auch einmal mit den betroffenen Personen und Verbänden aus der Wirtschaft, und nicht nur mit den Lobbyisten der erneuerbaren Energien. Ich machte dies beispielsweise am letzten Dienstag, wo ich zwei Stunden lang live Wirtschaftsvertretern zuhörte, wie die gesamte Wirtschaft – mehr oder weniger alle – leidet und es bald massive Auswirkungen auf dem Arbeitsmarkt haben wird. Eine Hauptforderung der Wirtschaft schon früher und jetzt noch mehr stand im Vordergrund: Endlich die Bürokratie runterzufahren, damit sich die Wirtschaft schnell und unbürokratisch wieder entwickeln kann. Und da komme ich zum Anfang meines Referates: Auch eine Motion mit dem harmlosen Titel «ökologisch verantwortbare Gewächshäuser» kann genau das Gegenteil von dem wollen, was ich, die SVP und die Wirtschaft wollen: Weniger Bürokratie und weniger Verbote. Sagen Sie Nein dazu. Danke.

Regierungsrat Martin Neukom: Die Motion verlangt, dass Gewächshäuser nur noch mit erneuerbarer Energie beheizt werden dürfen. Ich denke, der Weg dahin ist nicht so weit. Anfang Januar – und das wurde auch schon zitiert – hat die Migros eine Pressemitteilung verschickt. Da steht: «Die Migros bietet künftig nur noch Schweizer Gemüse und Früchte an, die aus erneuerbar beheizten Gewächshäusern stammen.» Das mit einer Übergangsfrist von fünf Jahren. Wir sehen, die Richtung, in welche sich das Thema entwickelt, ist klar. Auch bei Gewächshäusern wird eine Netto-Null-Forderung umgesetzt werden, das heisst, auch Gewächshäuser werden früher oder später nur noch mit erneuerbarer Energie beheizt.

Die Forderung des Postulats ist zum Teil bereits in den MuKEen enthalten, das heisst, bei Neubauten wäre es auch so, dass der MuKEen-Teil

der Neubauten ebenfalls für Gewächshäuser gilt; sie müssten ebenfalls CO₂-frei sein. Bei den Umbauten ist eine Übergangsfrist von zehn Jahren vorgesehen in dieser Motion. Ich denke, das ist machbar. Der Regierungsrat unterstützt grundsätzlich die Stossrichtung dieses Vorstosses. Es sind aber noch einige Abklärungen nötig. Das werden wir gerne im Rahmen eines Postulats tun. Deshalb ist der Regierungsrat gerne bereit, diese Motion als Postulat entgegenzunehmen. Besten Dank.

Abstimmung

Der Kantonsrat beschliesst mit 98 : 68 Stimmen (bei 0 Enthaltungen), das Postulat KR-Nr. 24/2019 zu überweisen. Das Geschäft geht an den Regierungsrat zur Ausarbeitung eines Berichts innert zwei Jahren.

Das Geschäft ist erledigt.

6. Befristete Förderung der Infrastruktur für eine CO₂-arme Mobilität

Motion Alex Gantner (FDP, Maur), Ann Barbara Franzen (FDP, Niederweningen), Andreas Geistlich (FDP, Schlieren)

KR-Nr. 107/2019, Entgegennahme, Diskussion

Ratspräsident Roman Schmid: Der Regierungsrat ist bereit, die Motion entgegenzunehmen. Gabi Petri, Zürich, hat an der Sitzung vom 17. Juni 2019 Antrag auf Nicht-Überweisung der Motion gestellt. Der Rat hat über die Überweisung zu entscheiden.

Alex Gantner (FDP, Maur): Mit dieser Motion wollen wir Freisinnige – und hoffentlich eine Mehrheit von Ihnen hier im Saal – Schub in der Mobilität geben. Schub für eine technologieoffene, CO₂-arme Mobilität, und diese beinhaltet auch die CO₂-freie Mobilität. Wir wollen als strategisches Ziel ganz klar schrittweise wegkommen von der CO₂-intensiven Mobilität von heute. Hier gibt es, gerade im Vergleich zum Gebäudepark, das haben wir bereits heute mehrmals gehört, einen grossen Nachholbedarf. Dieser Schub soll uns während eines ausdrücklich befristeten Zeitraumes auch etwas wert sein. Daher fordern wir den Regierungsrat auf, dem Kantonsrat eine Vorlage samt Rahmenkredit vorzulegen. Dies als Initialzündung, als Signal an die heutigen und künftigen Eigentümer und Eigentümerinnen von Fahrzeugen. Dieser Vorstoss

ist somit eine klassische Anschubfinanzierung: überblickbar, fokussiert, zeitlich befristet, mit dem Ziel eines effizienten Kosten-Nutzen-Verhältnisses.

Dieses Traktandum sticht von der heutigen Traktandenliste in zweierlei Hinsicht heraus: Einerseits ist es unter den Motionen das einzige Geschäft, das sich der Mobilität annimmt. Hier zeigt sich einmal mehr, dass eine zukunftssträchtige, nachhaltige Mobilität Programm bei den Freisinnigen ist: seit über 25 Jahren beim ZVV (*Zürcher Verkehrsverbund*) und dem Ausbau des öffentlichen Verkehrs und dessen Infrastruktur, nun beim Aufbau der Infrastruktur für eine CO₂-arme beziehungsweise CO₂-freie Mobilität. Andererseits folgten auf diese Motion vom März 2019 eine Reihe von Vorstössen anderer Fraktionen, die im Gegensatz hierzu nicht auf strategischer Ebene, sondern in Detailspekten Ideen vorbrachten. Nur schon deswegen sollte diese «Master-Motion» heute eine breite Unterstützung erfahren können.

Bei der Mobilität durch Fahrzeuge für Personen und Güter geht es bei einer Lebenszyklusbetrachtung um die Bedingungen und Kosten einerseits bei der Anschaffung und andererseits während der Zeit der Nutzung beziehungsweise des Betriebs. Beim Letzteren wollen wir einhaken. Nicht mit Subventionierung bei der eigentlichen Betankung beziehungsweise Aufladung von Fahrzeugen, sondern bei der notwendigen Infrastruktur dazu. Das Vorhandensein dieser ist zwingend nötig, damit sich Personen und Firmen beim Kauf, beim ersten Schritt für CO₂-arme beziehungsweise CO₂-freie Fahrzeuge, entscheiden. Wir setzen somit die Basis für einen Kaufschub zugunsten der CO₂-armen und auch CO₂-freien Mobilität.

Im Detail geht es um Infrastrukturen für Ladestationen und Netzan Anschlüsse auf öffentlichem und privatem Grund, dort, wo Fahrzeuge parkiert werden. Es geht aber auch – und hier kommt unsere liberale Technologieoffenheit zum Zug – um Tankstellen für Fahrzeuge mit Wasserstoffantrieb, synthetischen Treibstoffen und anderen Antriebssystemen. Die Konkretisierung des Rahmenkredits überlassen wir dem Regierungsrat. Das ist wirklich nicht unsere Aufgabe. Wir geben den parlamentarischen Anschub, das Präsentieren einer ausgewogenen Lösung inklusiv Vollzug ist Sache der Regierung beziehungsweise der Verwaltung. Das einzige, was wir hier wünschen, ist eine unbürokratische Umsetzung. Das politisch Praktische an einer Motion und am beantragten Rahmenkredit ist, dass wir nochmals dazu Stellung nehmen dürfen, können und müssen. Wir sind gespannt auf die Akzente des Regierungsrates samt Höhe und befristete Dauer des Rahmenkredits. Aus un-

serer Sicht passt die Motion nahtlos in die Klimastrategie des Regierungsrates, was ja ein von drei Legislaturzielen darstellt. Dazu haben wir heute schon einiges gehört. Daher erstaunt es uns schon, dass ausgerechnet eine grüne Kollegin die Motion zur Diskussion gestellt hat. Der Regierungsrat war ja bereit – wir haben das vom Kantonsratspräsidenten gehört –, die Motion in der eingereichten Form unverändert entgegenzunehmen und sich gleich zu Beginn der Legislatur an die Arbeit zu machen. Nun, trotz Klima-Krise, geschätzte Gabi Petri und Grüne, haben wir ein volles Jahr verloren. Ich dachte immer, Bemühungen beim Umbau der Mobilität könnten nicht auf sich warten lassen.

Ich bitte Sie, die Motion zu unterstützen und somit einen wichtigen Akzent bei der künftigen Auftankungs- und Ladeinfrastruktur für Fahrzeuge hier im Kanton Zürich zu setzen. Besten Dank.

Gabi Petri (Grüne, Zürich): Zum Schluss des heutigen Tages vielleicht ein bisschen mehr Klartext: Es gibt keine ökologischen Autos, Autoverkehr ist nie grün oder umweltfreundlich, ob mit Benzin, Diesel oder Strom. Obwohl in der Motion von Technologieneutralität gesprochen wird, geht es hier offensichtlich vorwiegend um Elektro-Autos. Das grösste Bauteil eines Elektro-Autos ist mit mehreren 100 Kilo Gewicht die Batterie, und sie ist auch das klimaschädlichste. Denn für das verwendete Lithium werden fragile Öko-Systeme zum Beispiel in Südamerika unwiederbringlich zerstört. Ökologische und menschliche Katastrophen werden in Kauf genommen für den Null-Emissionen-Fake. Sie exportieren so unsere Luft- und Umweltbelastungen einfach in andere Regionen dieser Welt. Sie haben damit vielleicht hier beim Fahren ein besseres CO₂-Gewissen, aber ein gutes Gewissen ist das noch lange nicht. Die Herstellung eines 100 Kilowattstunden-Akkus – notwendig für eine Reichweite von etwa 400 Kilometern – verursacht 15 bis 20 Tonnen CO₂, ein Wert, für den ein 6-Liter-Mittelklasse-Auto mit Benzin oder Diesel bis zu 100'000 Kilometer weit fahren kann. 15 bis 20 Tonnen CO₂ fallen also an, bevor das Elektro-Auto nur schon 1 Meter gefahren ist. Das lässt sich kaum mehr kompensieren. Und notabene werden diese Batterien vorwiegend in Japan, Korea oder China hergestellt – und Sie wissen das so gut wie ich – vor allem mit Kohlestrom. Das soweit zur Herstellung der Elektro-Autos. Beim Fahren ist der CO₂-Ausstoss abhängig vom Strommix, und der ist in Europa im Durchschnitt auch nicht gerade löblich, gelinde gesagt. Ja, ich weiss, es ist immer noch besser als rein fossilbetrieben zu fahren. Und dazu vielleicht ein Hinweis an die Sozialdemokratie: Wir müssen zuerst die Energiewende schaffen, bevor wir kostbare, erneuerbare Energie, die

wir heute noch nicht in genügender Menge haben, neu verteilen und so den Strom anderen Sektoren und Lebensbereichen abziehen, damit Elektro-Autos gefahren werden können. Was Sie damit tun, ist vor allem elektrifizieren, aber nicht dekarbonisieren. Damit ist nichts gewonnen.

Zur Energiewende benötigen wird deshalb auch zwingend eine Verkehrswende. Denn die von der FDP als förderungswürdig gesehene Elektro-Mobilität ist auch und vor allem motorisierter Individualverkehr, MIV. MIV, eigentlich eine Absurdität, bei der in der Regel 2 Tonnen Material herumgekarrt werden, um 90 Kilogramm Lebensgewicht zu transportieren. Das ist nicht effizient, das ist nicht Fortschritt, das ist eigentlich Rückschritt. Der MIV ist ein System, das auf Ausdehnung im Raum basiert. Das ist nie und nimmer ressourcenschonend. Das kennen Sie von unseren Problemen in der Raumplanung, in der Siedlungsentwicklung und auch in der Stadtentwicklung, dort vor allem bekannt als Platzproblem. Da ändert die Elektro-Mobilität gar nichts; es bleibt MIV, es bleibt dieselbe Anzahl Fahrzeuge, einfach mit einem anderen Motor. Damit ist nichts gewonnen. Kleiner Zusatz: Ja, wir fördern auch Elektro-Mobilität, wir Grüne, aber mit mehr als vier Plätzen, sie heissen vor allem Bahn, Bus und Tram. Sie haben den Vorteil, dass sie flächeneffiziente Massenverkehrsmittel sind.

Nun ja, Herr Gantner, nach dem Gesagten ist es eigentlich klar, dass die Grüne-Fraktion Infrastrukturen für die Elektro-Autos nicht mit staatlichen Geldern unterstützen wird. Es ist keine Kernaufgabe unseres Kantons, den motorisierten Individualverkehr, also vorwiegend den Privatverkehr in irgendeiner Form zu subventionieren. Das überlassen wir der von der FDP immer wieder gerne genannten Selbstverantwortung und Innovationskraft von Privaten, ganz nach dem Motto: Mehr Freiheit, weniger Staat. Also, Herr Gantner, sind Sie doch innovativ, holen Sie Geld, aber nicht beim Staat. Dieses Geld wird für weit wichtigere Dinge benötigt als für die Unterstützung des motorisierten Individualverkehrs. Das können Sie mir glauben.

Ueli Bamert (SVP, Zürich): Was soll ich nach diesem fulminanten Votum jetzt noch hinzufügen? Ich war selten mit den Grünen, nicht zu 100 Prozent, aber zu einem grossen Teil enig. Man darf sich aber nicht täuschen lassen. Diese Tirade gegen die Elektro-Mobilität, die klingt gut. Frau Petri hat auch Recht gehabt, aber Sie legt natürlich ein bisschen die Maske ab. Es geht Ihnen doch gar nicht in erster Linie ums CO₂; es geht Ihnen ums Auto, es geht Ihnen um den Privatbesitz. Wer ein Auto

besitzt, hat mehr als der nächste, das heisst, er muss ein schlimmer Kapitalist sein. Ja, da haben Sie wirklich die Maske abgelegt. Sie wollen einfach, dass wir uns alle schwitzend ins gleiche Tram hineinzwängen, Sie wollen den Privatbesitz in der Mobilität eliminieren. Ein Velo darf man vielleicht noch haben, aber ein Auto, egal wie es betrieben ist, das wollen Sie nicht. Frau Petri hat auch die Wasserstoff-Mobilität vergessen. Da haben wir die ganzen negativen Folgen, die Sie zu den Batterien gesagt hat, nicht. Wasserstoff ist wirklich etwas CO₂-freies, das funktionieren kann. Darauf gehe ich jetzt noch ein bisschen näher darauf ein. Was an dieser vorliegenden Motion positiv ist: Sie ist technologieneutral formuliert. Wir erachten es als zentral, dass sich Politik und Staat beim Klimaschutz nicht auf bestimmte Technologien versteifen, sondern Rahmenbedingungen schaffen, unter denen sich am Ende die beste Technologie hervortun kann. Die Motion nennt neben diese Batterietechnologie auch die Wasserstofftechnologie und die Herstellung von synthetischen Treibstoffen. Sie fasst damit alle derzeit bekannten CO₂-armen Mobilitätstechnologien zusammen.

Der Haken an der Sache ist: Diese Motion ist leider nur auf den ersten Blick technologieneutral. Wie wir alle wissen, haben sich Batteriefahrzeuge im Markt bereits etabliert, wenn auch bloss auf sehr tiefem Niveau. Das kann man vom Wasserstoff und schon gar von den synthetischen Treibstoffen nicht sagen; die sind noch weit davon entfernt. Diese Motion wäre, wenn wir sie heute umsetzen würden, ein einziges System zur Förderung der Batteriemobilität. Und genau diese Einseitigkeit wollen wir vermeiden. Die Tatsache, dass Sie den Wasserstoff und weiteren so genannten Infrastrukturen für eine CO₂-arme Mobilität in dieser Motion auch nennen, ist bestenfalls ein marktwirtschaftliches Feigenblatt. Würde man heute ein solches Fördermodell einführen, so würden einfach diejenigen Leute davon profitieren, die Ladestationen für ihre Batteriefahrzeuge bauen möchten. Jeder Hauseigentümer, der in seiner Garage einen Stromanschluss für seinen Tesla (*Elektroauto-Marke*) benötigt – er würde dies selbstverständlich auch ohne Anschubfinanzierung installieren –, könnte sich hier einen Batzen abholen. So etwas nennt man dann, soweit ich mich erinnere, einen Mitnahmeeffekt, und das ist ja wohl nicht im Sinne des Erfinders.

Nein, wir lehnen ein solches unsinniges Giesskannen-Förderprogramm für Batteriefahrzeuge ab. Die SVP-Fraktion ist generell der Meinung, dass in diesem Bereich durch den Staat gar keine Technologie in irgendeiner Form gefördert werden sollte, also weder Wasserstoff noch reine Batteriemobilität und auch nicht die Herstellung von syntheti-

schen Treibstoffen, dies auch dann nicht, wenn es sich nur um eine befristeten Einmalzulage handelt. Wir sind der Meinung, dass sich die beste Technologie durchsetzen soll, und der Markt bestimmen soll, wohin die Reise geht.

Diese Motion ist ein gutes Beispiel dafür, wie man es nicht machen sollte. Die SVP-Fraktion bleibt ihrer Linie treu und lehnt diese Motion ab. Wir bitten Sie, es uns gleichzutun. Besten Dank.

Felix Hoesch (SP, Zürich): Es freut mich und mit mir einen Grossteil der Klima-Allianz, die FDP hier in unseren Reihen aufzunehmen. Ich hoffe, Ihr bleibt den Rest des Tages und weit darüber hinaus dabei, denn es ist schön bei diesem Vorstoss zu lesen, wie die Zürcher FDP den grünen Kurs der FDP Schweiz mitträgt. Darum stellen sich viele der Allianz diesem Anliegen sicher nicht in den Weg.

Wie ich kürzlich schon mehrfach ausgeführt habe, befürworten wir Elektromobilität, aber nicht mit totaler Begeisterung. Wir gewichten weiterhin das Vermeiden und Verlagern höher, weit höher als das Verbessern. Aber diese Motion hebt ja gleich nach den Forderungen in den drei Punkte den Güterverkehr hervor und hier sind wir klar für eine Elektrifizierung. Dieser Verkehr kann nicht einfach durch gesellschaftlich sinnvolle Verhaltensänderungen zum Verschwinden gebracht werden.

Zum nächsten Punkt: Wasserstoff zu produzieren braucht enorm viel Energie. Darum ist es meist sinnvoller, diese direkt in der Elektromobilität zu nutzen. Aber für gewisse Spezialanwendungen, vor allem im Güterbereich, ermöglichen Wasserstoffantriebe Lösungen, die sonst nicht mit erneuerbaren Energien umgesetzt werden können. Also mache ich ein grosses Fragezeichen hinter den Wasserstoffantrieb, aber kein absolutes Nein.

Fast alle hier bekennen sich zu einem Netto-Null-Ziel für den CO₂-Ausstoss. Eigentlich streiten wir nur über den Zeithorizont. Doch ich will eigentlich keine CO₂-arme Mobilität, sondern eine CO₂-freie. Aber ich interpretiere hier, dass die graue Energie zur Produktion der Fahrzeuge berücksichtigt ist, und darum wird fahrzeugbetriebene Mobilität wohl nie ganz CO₂-frei sein. Da würde es nur helfen, wenn wir alles zu Fuss machen würden. Aber damit ist unsere moderne und wichtige Volkswirtschaft nicht zu betreiben. Deshalb fordere nicht einmal ich das.

Wenn wir nun aber CO₂-arme Mobilität fördern und gleichzeitig auf netto null kommen wollen, da bleibt uns nichts anderes übrig, als Möglichkeiten der Kompensation zu suchen und zu fördern. Dazu sind wir

ja aber am Innovationsstandort Zürich, oder konkreter in Hinwil (*Pilotprojekt einer Anlage, die der Atmosphäre CO₂ entzieht und speichert*), deutlich in der Lage. Diese Erfolgsmodelle werden uns auch in Zukunft im globalen Wettbewerb weiterbringen und hier Arbeitsplätze schaffen. Bei netto null geht es dann schlussendlich doch primär um null und nicht darum möglichst so weiterzuleben, wie wir es heute machen und mit massiven Geoengineering wieder CO₂ aus der Luft zu saugen, um so auf netto null zu kommen. Da muss auch die Mobilität seinen Beitrag leisten und eben möglichst wenig oder gar kein CO₂ ausstossen.

Abschliessend danke ich im Namen des Grossteils der Klima-Allianz der FDP für diesen Vorstoss, und wir legen ihm keine Steine in den Weg, sondern beschleunigen den Prozess in der heutigen Klimadebatte. Herzlichen Dank.

Farid Zeroual (CVP, Adliswil): Diese Motion adressiert unter anderem das Ziel Nummer Drei im Abschnitt «Klimawandel und Energie» im Umweltbericht des Regierungsrates. Der Regierungsrat hat dort die Reduktion des CO₂-Ausstosses neu zugelassener Personenwagen als Ziel definiert. Die Einschätzung des Regierungsrates wird mit, ich zitiere, «bei Weitem nicht erreicht», jedoch «eher positive Entwicklung erwartet», angegeben.

Die Motion wird von der CVP-Fraktion als zweckmässige und zielführende Anregung zur Erreichung der Klima- und Energieziele des Kantons Zürich erachtet. Die Einführung und Umstellung auf alternative Antriebstechniken im Strassenverkehr bringen neue Herausforderungen für die Energiewirtschaft. Tram und Eisenbahn wurden vor langer Zeit elektrifiziert und verfügen über eine fest installierte Stromversorgung. Der tagtägliche Bedarf an elektrischer Energie ist sehr genau bekannt und kann zuverlässig, abgesehen von gelegentlichen Pannen, gedeckt werden. Anders sieht die Situation im Bereich öffentlicher Verkehr mit Bussen, Gütertransport auf der Strasse und beim motorisierten Individualverkehr aus. Nebst den gängigen Benzin- und Diesel-Tankstellen, sind erst wenige Ladestationen für Elektrofahrzeuge oder Gas-, Biogas- oder Wasserstoff-Fahrzeuge verfügbar.

Um alternative, CO₂-arme Antriebe zu fördern, genügt es nicht, nur neue Modelle ins Angebot der Händler aufzunehmen. Es sind bedeutende Anstrengungen erforderlich, um die Ladeinfrastruktur einerseits im öffentlichen Raum als auch in Wohn- und Gewerbeliegenschaften an die kommenden, neuen Erfordernisse anzupassen. Insbesondere der Gütertransport und der ÖV sollen gemäss den Motionären berücksichtigt werden. Dazu gibt es bereits eine erfreuliche Erkenntnis. Erhellend

ist die Antwort des Regierungsrates auf die CVP-Anfrage «Umstellung der Buslinien des ZVV auf CO₂-arme Antriebstechnik» vom Juli 2019 (KR-Nr. 228/2019), zu zwei Aspekten nämlich. Der ÖV hat einen Anteil von nur 5 Prozent am gesamten Energieverbrauch des Verkehrs, deckt jedoch rund einen Drittel, also 33 Prozent der Verkehrsleistung ab. Der Anteil des ÖV am CO₂-Ausstoss beträgt lediglich 2,5 Prozent. Eine Umstellung der restlichen Verkehrsträger auf CO₂-arme Antriebstechnik entfaltet folglich im Bereich MIV die grösste Wirkung zur CO₂-Reduktion. Bezüglich Förderung des ÖV mittels Zulagen zur Umstellung hielt der Regierungsrat in seiner Antwort vom 23. Oktober 2019 fest: «Die geplanten Massnahmen und Projekte können nach heutiger Beurteilung innerhalb der finanziellen Rahmenbedingungen des ZVV abgedeckt werden. Zurzeit drängen sich daher keine Fördermittel für den ÖV auf.» Die CVP hat diese Rückmeldung mit Interesse aufgenommen und erwartet nun eine zügige Umsetzung der angedachten Massnahmen im ZVV.

Die CVP-Fraktion unterstützt die Überweisung der Motion. Besten Dank für die Aufmerksamkeit.

Hans-Peter Amrein (SVP, Küssnacht): Das war hohe Kunst. Das war hohe Kunst, und das möchte ich hier einmal in diesem Rat als politischer Gegner von Gabi Petri sagen. Ich muss sagen, ich würde mich «von» nennen, wenn ich solche Voten hier bringen könnte. Escher (*Alfred Escher, Zürcher Unternehmer und Politiker*) auf der anderen Seite würde sich wahrscheinlich im Grabe drehen, wenn er gehört hätte, was die FDP hier vorträgt. Da kann man einfach nur noch den Kopf schütteln. Man kann wirklich nur noch den Kopf schütteln, denn wir wissen alle, dass wir den motorisierten Verkehr neben dem ÖV brauchen. Aber wir brauchen auch den fossilen motorisierten Verkehr. Frau Petri hat es jetzt gerade gezeigt: Der elektrische Verkehr ist viel umweltschädlicher. Und solange wir keine Alternative haben – und Frau Petri, ich bin sehr gerne bereit, darüber zu diskutieren und mit meinen beschränkten grauen Zellen auch zu überlegen, was man tun könnte, damit unser Verkehr umweltfreundlicher wird. Es geht sicher nicht mit Sandalen, und es geht sicher nicht mit zu Hause bleiben oder die Leute zu Hause einsperren. Aber es geht auch nicht ohne ÖV, und wir brauchen Unterstützung des ÖV, denn der ÖV ist teurer als der motorisierte Individualverkehr; der bezahlt sich selber.

Gabi Petri (Grüne, Zürich) spricht zum zweiten Mal: Erlauben Sie mir noch eine Frage und vielleicht noch einen Schlusssatz. Jetzt bin ich gespannt, wie unsere Klima-Jugend der Sozialdemokratie abstimmt. Es wäre ratsam, mit den Grünen Nein zu sagen, ansonsten muss ich annehmen, dass Sie Ihren Mut zu dem sogenannten Systemwechsel bereits heute Morgen an der Garderobe abgegeben hat. Da kommt der Sozialist, würde Herr Amrein sagen. *(Heiterkeit)* Ich bin gespannt, wie sie abstimmt. Vielleicht noch als Schlusssatz für Sie alle: Wenn Sie auf Elektro-Autos setzen, arbeiten Sie weiter an der Optimierung des Falschen. Es geht nicht um bessere Autos, es geht um weniger.

Regierungsrätin Carmen Walker Späh: Die Motion, über die wir heute diskutieren, verlangt eine befristete Förderung von Infrastrukturen für eine CO₂-arme Mobilität. Der Regierungsrat ist bereit, diese Motion entgegenzunehmen. In unserem Gesamtverkehrskonzept haben wir explizit dargelegt, dass wir umweltfreundliche Fahrzeuge mit alternativen Antriebstechnologien unterstützen wollen. Die Motion samt Rahmenkredit, sie kann aus der Sicht der Zürcher Regierung helfen, die Rahmenbedingungen zu verbessern, damit wir vorwärtskommen und damit wir unsere Klima-Ziele auch tatsächlich erreichen.

Für die Entgegennahme der Motion waren uns drei Aspekte zentral: Erstens, die Mobilität soll technologieneutral gefördert werden, indem grundsätzlich eine breite Palette von zweckmässigen Infrastrukturen von Ladestationen über Netzanschlüsse bis hin zu Wasserstoff-Tankstellen in Frage kommt. Und hier müssen wir heute einfach offen sein, wenn wir an die Mobilität von morgen denken. Wir wollen und wir dürfen keine Technologie, kein Potenzial ausschliessen. Zweitens, die öffentlichen Mittel, sie sollen zielgerecht eingesetzt werden, und zwar dort, wo sie den grössten Nutzen bringen. Deshalb sind neben der Klima-Erwärmung auch andere Umweltauswirkungen für uns mit zu berücksichtigen. Ich spreche von Lärmemissionen, von Schadstoffemissionen ganz verschiedener Antriebsarten. Auch hier wollen wir ganz genau hinschauen. Drittens soll die Förderung gemäss der Motion befristet sein. Das ist richtig, denn es geht darum, eine Starthilfe zu leisten. So können und so wollen wir ohne langfristige wettbewerbsverzerrende Subventionen arbeiten; sie sollen im Ziel selbsttragend sein.

Ich denke, zentral in dieser Diskussion ist, wenn wir in die Zukunft schauen, wie wir unsere Mobilitätsbedürfnisse befriedigen wollen, damit sich eben der Verkehr nachhaltig entwickeln kann und Zürich als bevölkerungsreichster Kanton und als wirtschaftsstärkster Kanton auch im Bereich der Mobilität seine Vorreiterrolle einnehmen kann. Dazu

brauchen wir auch morgen leistungsfähige Infrastrukturen und wir brauchen nachhaltige Infrastrukturen, und zwar, das sage ich deutlich, für alle Verkehrsbereiche. Der Güterverkehr wurde bereits genannt. Aus meiner Sicht ist klar: Wer A sagt zur Elektromobilität, wer A sagt zu Wasserstofffahrzeugen oder überhaupt zu innovativer Technologie, der muss heute auch B sagen zu mehr Ladestationen und beispielsweise zu Wasserstoff-Tankstellen. Der Anteil an rein oder teilweise elektrisch betriebenen Fahrzeugen ist auf unseren Strassen aus meiner Sicht viel zu klein, von Wasserstofffahrzeugen gar nicht zu sprechen. Das heisst, es braucht definitiv mehr Ladeinfrastrukturen, sei es im öffentlichen Bereich oder im privaten. Gerade in unserer Krise, in der wir uns befinden, die hat doch gezeigt, dass wir alle Verkehrsträger brauchen, und dass alle ihre Vor- und Nachteile haben, und dass wir doch endlich einmal aufhören sollten, die verschiedenen Verkehrsarten gegeneinander auszuspielen. Packen wir doch heute die Chance für ein Miteinander aller Verkehrsträger, für die Sicherung und Schaffung von Arbeitsplätzen, für funktionierende, aber auch nachhaltige Verkehrsinfrastrukturen, für Wohlstand und für eine Dekarbonisierung auch im Bereich der Mobilität. Danke, wenn Sie die Motion unterstützen.

Hans-Peter Amrein (SVP, Küssnacht) spricht zum zweiten Mal: Es ist nicht Staatsaufgabe, Ladestationen für ein Medium, welches umweltschädlicher ist wie ein fossilbetriebenes Fahrzeug zu unterstützen, Frau Regierungsrat. Ich bin nicht bereit, so etwas zu unterstützen. Ich spreche nicht für meine Fraktion. Aber, machen Sie es doch anders, Frau Regierungsrat, und schauen sie mal, was dieser Kanton, was dieses Land an Möglichkeiten und Innovationen hat. Die EMPA (*Eidgenössische Materialprüfungs- und Forschungsanstalt*) hat den kleinsten Motor der Welt entwickelt. Ich habe nichts gehört, auch von Ihnen nichts, Frau Regierungsrat. Ich habe nichts gehört heute über diese wichtige Innovation, über Innovationen, über Innovationen für die Umwelt. Ich höre hier nur von Massnahmen, die Geld kosten und Geld kosten und Geld kosten. Und die Regierung fährt einfach mit, weil es Mode ist, mit einer Fraktion, der klar bewiesen wurde hier, dass sie aus rein politischen Gründen – wie viele andere Fraktionen hier drin auch – einen Vorstoss gemacht hat, einen Vorstoss, der für die Füchse ist. Sie wissen selber, und Frau Petri hat es Ihnen klar gezeigt: Elektromobile sind heute noch umweltschädlicher wie fossile Motoren. Es ist so. Also unterstützen Sie doch nicht so etwas. Und das von der stolzen FDP.

Abstimmung

Der Kantonsrat beschliesst mit 94 : 70 Stimmen (bei 0 Enthaltungen), die Motion KR-Nr. 107/2019 an den Regierungsrat zu überweisen. Das Geschäft geht an den Regierungsrat zur Ausarbeitung einer Vorlage mit Bericht und Antrag innert zwei Jahren

Das Geschäft ist erledigt.

7. Intensive Begrünung von urbanen Zentren gegen die Hitzebelastung im Zeitalter des Klimawandels

Motion Andrew Katumba (SP, Zürich), Silvia Rigoni (Grüne, Zürich), Thomas Wirth (GLP, Hombrechtikon) vom 6. Mai 2019
KR-Nr. 129/2019, RRB-Nr. 739/21.8.2019 (Stellungnahme)

Ratspräsident Roman Schmid: Der Regierungsrat beantragt den Kantonsrat, die Motion nicht zu überweisen. Der Rat hat zu entscheiden.

Andrew Katumba (SP, Zürich): Ich freue mich, dass ich zum Schluss der heutigen Klima-Debatte diese Motion vorstellen kann. Bei unserer Motion handelt es sich um einen Folgevorstoss zum Geschäft KR-Nr. 187/2018, raumplanerische Massnahmen zur Anpassung an den Klimawandel, den Sie bereits heute Morgen überwiesen haben. Beide Motionen bilden quasi eine Klammer.

In den nächsten 50 Jahren werden für Teile in Europa – wir haben es gehört – Hitze- und Trockenperioden wie in der Nordsahara erwartet. Auch das Klima in der Schweiz wird mediterraner. Das zukünftige Wetter von Bern gleicht sich Messina an, Basels Klimazukunft liegt heute an der italienischen Riviera und die Zürcherinnen und Zürcher können sich künftig ihre Ferien an der Côte-d’Azur sparen. Denn trotz der heute beschlossenen Massnahmen, werden die Temperaturen in unserem Kanton stetig weiter ansteigen. Wir haben es mehrfach gehört.

Der globale Klimawandel stellt auch für unsere Städte und Regionen eine besondere Herausforderung dar. Gerade urbane Zentren sind wegen der hohen Bevölkerungs- und Infrastrukturdichte deutlich anfälliger auf den Klimawandel, denn heisse Tage sind in den Städten deutlich stärker spürbar als auf dem Land. Die Intensität der Versiegelung und die Beeinträchtigung der Durchlüftung wirken sich dabei negativ auf die Wärmeverteilung in Stadtgebieten aus. Das im Richtplan enthaltene Raumordnungskonzept des Kantons gibt vor, dass 80 Prozent des Wachstums auf die Handlungsräume «Stadtlandschaften» und «urbane Wohnlandschaften» entfallen sollen. Was heisst das?

In den kommenden 20 Jahren wird die Bevölkerung Kanton um rund 350'000 Menschen anwachsen, also um die Bewohnerinnen und Bewohner der Stadt Zürich. Die Bevölkerung wächst nicht nur, nein, sie wird auch älter und anspruchsvoller. Die beschlossene Siedlungsentwicklung nach innen, sowie die Verschränkung mit anderen Problemfeldern wie Verkehr, Wirtschaft und Gesundheitsversorgung stellen die urbanen Zentren vor enorme Herausforderungen.

Seit Frühjahr 2019 misst das AWEL (*Amt für Abfall, Wasser, Energie und Luft*) die räumliche Verteilung der Hitzebelastung und bildet diese auf einer frei zugänglichen Klimakarte ab. In einem Klimamodell wird die Situation laufend und umfassend analysiert, und die Ergebnisse bilden eine wichtige Grundlage für die zukünftige Städteplanung. Die Klimaaanalyse bestätigt die Vermutung, dass überbaute Gebiete mit hohen Gebäuden oft wenig von nächtlicher Kaltluft durchströmt werden. Stark versiegelte Flächen wie Strassen, Gleisanlagen sowie Gewerbeflächen weisen häufig eine hohe Wärmebelastung aus. Strassen, Plätze sowie Flachdächer verstärken den Effekt zusätzlich. Dadurch leiden noch mehr Menschen in städtischen Gebieten unter den negativen Auswirkungen des Klimawandels. Bereits heute heizen sich einzelne Plätze an Sommertagen auf über 60 Grad Celsius auf. Absehbar sind zudem Tagestemperaturen über 30 Grad Celsius und tropische Nächte, wo das Quecksilber kaum unter 20 Grad Celsius sinkt. Insbesondere kranke und ältere Menschen haben darunter extrem zu leiden.

Die Klimakarte zeigt aber auch: Pärke, Grün- und Freiflächen reduzieren die Wärme in Städten und bilden klimatisch günstige Aufenthaltsbereiche. Studien der Universität Neuenburg bestätigen, dass ein einzelner Baum die Leistung von fünf kompakten Klima-Anlagen erbringt. Ähnlich kühlend wirkt die vielfältige Bodenvegetation: Über begrünten Flächen ist die Lufttemperatur im Durchschnitt 5 Grad Celsius niedriger als bei versiegelten Böden. Durch eine intelligente Vernetzung von Grünflächen durch sogenannte Frischluft-Leitbahnen lassen sich die Städte gezielt herunterkühlen. Es ist erwiesen, dass genügend Grün- und Freiflächen die Wärmebelastung in Zentren reduzieren und somit klimatisch günstige Aufenthaltsbereiche für die gesamte Stadtbevölkerung bilden.

Die gesetzliche Grundlage für eine flächendeckende Umsetzung des ökologischen Ausgleichs im Siedlungsgebiet ist im heutigen Planungs- und Baugesetz (*PBG*) des Kantons nur unzureichend geregelt. Auch die ökologischen Vernetzungskorridore sind auf Nutzungsplanstufe heute lediglich über Sonderbauvorschriften und Gestaltungspläne möglich. Die gesetzliche Einführung einer Unterbauungsziffer wurde bereits

2011 zwar als mittelfristiges Ziel von der Regierung in Aussicht gestellt, diese wurde bis heute immer noch nicht umgesetzt. Angesichts des spürbaren Klimawandels drängt sich daher eine zeitnahe Gesetzesanpassung auf. Für eine Umsetzung auch im Rahmen von Normalbauvorhaben ist eine explizite Regelung des ökologischen Ausgleichs in der kantonalen Gesetzgebung zwingend notwendig. Zwar schreibt die Regierung in ihrer Antwort, dass sie die Stossrichtung der Motion zwar begrüsst, sie jedoch zuerst eine Auslegeordnung machen möchte. Liebes Regierungsratsgremium, lieber Herr Baudirektor (*Regierungsrat Martin Neukom*), neun Jahren sollten für eine Auslegeordnung ausreichen. Jetzt ist es aber höchste Eisenbahn, einen Zacken zuzulegen. Sogar die Stadt Zürich schreibt in ihrer Umsetzungsagenda 2020 bis 2023 zur Fachplanung «Hitzeminderung», dass für eine wirksame Umsetzung ihrer Massnahmen eine Anpassung im PBG (*Planungs- und Baugesetz*) zwingend notwendig sei. Sie hatte daher im letzten Oktober allen Stadtzürcher Kantonsräte bei einer Aussprache ans Herz gelegt, die vorliegende Motion zu unterstützen. Heute erinnere ich Sie gerne nochmals daran. Ich danke Ihnen herzlich für die Unterstützung.

Domenik Ledergerber (SVP, Herrliberg): Die Hitzebelastung in dicht bebauten Gebieten in der Schweiz nimmt zu. Auch die Städte im Kanton Zürich spüren die Folgen der stetig ansteigenden Bevölkerungszahlen und des immer dichteren Bauens. Ich teile zudem die Meinung der Initianten, dass auch im Siedlungsgebiet naturnahe Flächen zu schaffen sind, damit die Bio-Diversität nicht weiter abnimmt. Es kann nicht sein, dass nur in der Landwirtschaftszone der ökologische Ausgleich für die intensive Bodennutzung im Siedlungsgebiet stattfindet. Dass die Hitzebelastung zunimmt, hat auch der Regierungsrat erkannt, wie aus seiner Antwort zur vorliegenden Motion zu entnehmen ist. Er hat entsprechende Aufträge und Massnahmen verabschiedet beispielsweise wird die Einführung einer Unterbauungs- und einer Versiegelungsziffer geprüft. Die SVP ist jedoch gegen die Einführung einer neuen Bauziffer. Wie der Regierungsrat schreibt, könnte dem Anliegen auch über eine Anpassung der Grünflächenziffer gemäss Paragraf 257 PBG Rechnung getragen werden. Wir fordern den Regierungsrat auf, eine unbürokratische und eigentümerfreundliche Lösung gegen die Hitzebelastung in den Zentren zu finden. Wir vertrauen auf die Arbeit der Baudirektion und lehnen die Motion ab.

Stephan Weber (FDP, Wetzikon): Diese Motion bezüglich sommerlichen Wärmeschutzes in urbanen Räumen verfolgt ein berechtigtes Anliegen. Die FDP-Fraktion hat diesbezüglich selber schon Vorstösse eingereicht.

Es gibt eine Vielfalt von möglichen Massnahmen, um den sommerlichen Wärmeschutz in urbanen Räumen zu verbessern. Neben Grünflächen und Bäumen können auch Wasserflächen, Beschattungen oder schlicht Oberfläche mit geringer Speichermasse zielführend sein. Wir erinnern uns alle daran, dass die rotgrün regierte Stadt Zürich bis vor Kurzem auf den innerstädtischen Plätzen alles Grün wegfegte; räumlich konnte es im wahrsten Sinne des Wortes nicht brüt genug sein. Ein Paradebeispiel dafür ist der Münsterhof beim Fraumünster. Es freut uns, dass diese Fehlentwicklung nun erkannt wurde. Leider ist diese Motion dafür jedoch nicht zielführend.

Die bauliche Regulierungsdichte in urbanen Zentren ist bereits heute sehr einengend. Bauliche Verdichtung, unterirdische Parkierung, Spielplätze, Ruhefläche, Veloabstellplätze und auch städtebauliche Aspekte und so weiter sind unter einen Hut zu bringen. Zusätzliche Regulierungen wie eine Unterbauungsziffer oder Versiegelungsziffer bringen uns dabei nicht weiter. Wir brauchen im Gegenteil wieder mehr gestalterische Freiräume für innovative und kreative Lösungsansätze. Wir müssen uns bewusst sein, die bauliche Entwicklung in urbanen Zentren erfolgt im gebauten Bestand. Jedes Grundstück hat dabei seine Geschichte und spezifischen Eigenschaften. Eine Unterbauungsziffer soll Bäume ermöglichen. Dies mag vielleicht für das eine Grundstück eine gute Lösung sein, gleich neben an kann es jedoch negative Konsequenzen haben.

Wir haben nämlich ein grundsätzliches Problem: Die Grundstruktur unseres Planungs- und Baugesetzes wurde in einer Zeit geschaffen, als die bauliche Entwicklung schwergewichtig auf der grünen Wiese erfolgte. Die Zeiten haben sich verändert. Wir brauchen heute keine starren Ziffern mehr, um gute bauliche Lösungen zu entwickeln, sondern mehr gestalterische Freiräume.

Der Regierungsrat will die Anliegen der Motion in der nächsten PBG-Revision aufnehmen. Man darf sehr gespannt darauf sein, wie der Regierungsrat dies angehen wird. Die FDP vertritt den Standpunkt, dass komplexe Aufgaben nicht mit Überregulierung gelöst werden können. Ein Regelwerk, das Ziele definiert, gibt mehr Freiraum für Kreativität und gute Lösungen. Wir müssen daher unser PBG als ein Regelwerk entwickeln, das unseren heutigen und zukünftigen städtebaulichen Herausforderungen gerecht wird. Kurz auf den Punkt gebracht, bedeutet

dies: Zieldefinitionen und Freiräume, statt einengende Ziffern. Das Regelwerk dieser Motion ist nicht zielführend und wird deshalb von der FDP-Fraktion abgelehnt. Danke.

Jasmin Pokerschnig (Grüne, Zürich): Die Zahl der Tropennächte in Zürich, wir haben es gehört, hat in den letzten Jahren zugenommen. Diese Tropennächte belasten die Bevölkerung. Wer in Zürich lebt, weiss wovon ich rede, denn manchmal schläft man wirklich schlecht, wenn es so heiss ist.

Die Hauptursache sogenannter urbaner Hitzeinseln ist in bebauten und versiegelten Flächen auszumachen. Diese nehmen Wärme auf, speichern diese und geben sie an die Umgebung ab, wie weit mehr als natürliche Oberflächen. Das Regenwasser läuft direkt in die Kanalisation und steht für die Verdunstungskühlung nicht zur Verfügung. Mit der globalen Klimaerwärmung hat das Thema deutlich an Dringlichkeit gewonnen.

Ein gutes Mittel gegen die grosse Hitze in den Städten sind unter anderem Bäume. Bäume leisten einen wesentlichen Beitrag zur Lebensqualität in urbanen Zentren. Als Park- oder Strassenbäume speichern und verdunsten sie Wasser, spenden Schatten, kühlen und reinigen die Luft. Mit zunehmendem Volumen eines Baumes steigt sein Nutzen für die Umgebung. Doch durch die Verdichtung in den Städten gerät der Baumbestand unter Druck.

Bei Bauvorhaben gibt es viele Vorgaben, die sich auf Bau und Gestaltung beziehen, hingegen gibt es keine regulatorischen Eingriffsmöglichkeiten, die den Baumschutz betreffen oder zur Versiegelung. Da sind wir auf die Einsicht der Eigentümer und Eigentümerinnen angewiesen. Das ist zu wenig. Es ist dringend nötig, dass im Planungs- und Baugesetz rechtlich verbindliche Grundlagen geschaffen werden, damit Hitzeminderungsmaßnahmen eingefordert werden können.

Wir Grünen bitten Sie deshalb, die Motion zu überweisen. Danke.

Konrad Langhart (parteilos, Stammheim): Ich kann es kurz machen und mich tatsächlich weitgehend den Argumenten des SVP-Sprechers anschliessen. Die Hitzebelastung in dichtbebauten Siedlungsgebieten ist überdurchschnittlich hoch und wird weiter zunehmen durch die fortschreitende Klimaerwärmung. Durch eine möglichst intensive Begrünung kann der Hitze wenigstens teilweise etwas entgegengesetzt werden.

Der Massnahmenplan zur Anpassung an den Klimawandel sieht vor, dass die bestehenden Rechtsgrundlagen und Planungsinstrumente auf

die hemmende Wirkung einer lokalangepassten Siedlungs- und Freiraumentwicklung überprüft und nötigenfalls auch angepasst werden. Ausserdem soll die klimaangepasste Gestaltung von Strassenräumen und privaten Bauvorhaben gefördert werden.

Der Regierungsrat hat also den Handlungsbedarf längst erkannt und auch einen Auftrag dazu an die Baudirektion erteilt. Die Anliegen der Motion werden also bereits umgesetzt, die wichtigen Anpassungen an den Klimawandel sind eingeleitet und bedürfen dieser Motion nicht.

Die CVP-Fraktion schliesst sich der Argumentation der Regierung an und lehnt die vorliegende Motion ab.

Regierungsrat Martin Neukom: Wir hören mit einem ähnlichen Thema auf, wie wir begonnen haben. Das erste Geschäft heute Morgen ging in eine sehr ähnliche Richtung. Diese vorliegende Motion hat aus meiner Sicht zwei Beweggründe: Einerseits will sie im Bereich des Lokalklimas vorwärtsmachen, das heisst, die Vermeidung dieser Hitzeinseln, zu der wir schon im ersten Geschäft gesprochen haben. Das zweite Anliegen ist der ökologische Ausgleich, das heisst, dass auch die ökologischen Flächen innerhalb des Siedlungsgebiets benutzt werden können als Vernetzungskorridore zur Unterstützung der Bio-Diversität. Das ist grundsätzlich sinnvoll, und der Regierungsrat unterstützt beide Anliegen.

Wenn wir schauen, was mit den Bäumen geschieht, und die Bäume haben in dieser Hinsicht eine sehr wichtige Funktion, dann sehen wir das beispielsweise in der Stadt Zürich: Pro Jahr verschwinden 1 Prozent der Bäume. Das ist relativ viel, wenn wir bedenken, dass die Bäume eigentlich eine relative wichtige Funktion im Bereich des Stadtklimas haben. Also 1 Prozent der Bäume verschwinden, und was neu gepflanzt wird, ist logischerweise viel, viel kleiner und hat somit nie die gleich kühlende Wirkung wie ein grosser alter Baum. Das ist ein Problem. Langfristig müssen wir uns wirklich überlegen, ob es einen verstärkten Baumschutz in den Städten braucht, weil häufig die Bäume im Weg sind. Das führt nämlich dazu, dass die Bäume gefällt werden.

Das Anliegen ist bereits in Arbeit. Wir sind daran zu prüfen, ob es eine Unterbauungsziffer braucht, oder ob das der richtige Ansatz ist oder – wie schon gesagt wurde –, ob es besser ist, die Grünflächenziffer anzupassen, um dieses Ziel zu erreichen. Da wird bereits daran arbeiten. Der Regierungsrat ist der Ansicht, dass diese Motion nicht mehr erforderlich ist. Besten Dank.

Abstimmung

Der Kantonsrat beschliesst mit 86 : 67 Stimmen (bei 0 Enthaltungen), die Motion KR-Nr. 129/2019 dem Regierungsrat zu überweisen. Das Geschäft geht an den Regierungsrat zur Ausarbeitung einer Vorlage mit Bericht und Antrag innert zwei Jahren.

Das Geschäft ist erledigt.

8. Verschiedenes

Rücktritte

Rücktritt aus dem Kantonsrat von Daniel Häuptli, Zürich

Ratspräsident Roman Schmid: Sie haben am 18. Mai 2020 dem Rücktrittsgesuch von Kantonsrat Daniel Häuptli, Zürich, stattgegeben. Heute nun ist dieser Tag des Rücktritts gekommen.

Daniel Häuptli übernahm im Januar 2016 den Kantonsratssitz der zurückgetretenen Eva Gutmann. Die Kantonsratswahlen 2019 bestätigten den GLP-Politiker aus der Stadt Zürich in seinem Amt.

Es waren vor allem gesundheitspolitische Themen, namentlich die Ausbildung der Ärztinnen und Ärzte sowie die Finanzierung des Gesundheitswesens, die den promovierten Ökonomen politisch motivierten. Seine Motion zur Einführung einer Gebühr für das Aufsuchen einer Spital-Notfallabteilung wurde vom Rat unterstützt und seine Kostenanalyse des ärztlichen Notfalldienstes zog eine folgenreiche Untersuchung der Finanzkontrolle nach sich. Den Bach, beziehungsweise den Fluss hinunter ging der medienwirksame Vorstoss zur Lockerung des Badeverbots in der Limmat. Immerhin, die Distanzregeln, welche diesen Sommer das Badevergnügen trüben könnten, liefern dem Flussschwimmer Häuptli für die Neuauflage seines Ansinnens Wasser auf die Mühlen.

Seinem beruflichen Profil als Betriebswirt der Pharmabranche entsprechend nahm Daniel Häuptli Einsitz in der Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit. Für seine sachlich-fundierte und umgängliche Art wurde er sowohl in den vorberatenden Sitzungen als auch im Plenum sehr geschätzt.

Wir danken Daniel Häuptli für sein Engagement in unserem Parlament und wünschen ihm beruflich und privat alles Gute. (*Applaus*)

Neu eingereichte parlamentarische Vorstösse

- **Auf sporadische Überprüfung der Gemeinde-Jahresrechnungen durch das Gemeindeamt ist zu verzichten**
Dringliches Postulat *Erika Zahler (SVP, Boppelsen), Michael Biber (FDP, Bachenbülach), Jean-Philippe Pinto (CVP, Volketswil)*
- **Schulen auf eine zweite Welle vorbereiten**
Dringliches Postulat *Christoph Ziegler (GLP, Elgg), Carmen Marty Fässler (SP, Adliswil), Marc Bourgeois (FDP, Zürich)*
- **Koordination und Förderung im Bereich der Kinder- und Jugendrechte**
Postulat *Kommission für Staat und Gemeinden*
- **Gleicher Zyklus – gleiches Angebot: Anpassung der IF Lektionen auf der Kindergartenstufe**
Postulat *Monika Wicki (SP, Zürich), Hanspeter Hugentobler (EVP, Pfäffikon), Karin Fehr (Grüne, Uster)*
- **Deponie-Knappheit und Innovationen: Mögliche Synergien prüfen**
Postulat *Edith Häusler-Michel (Grüne, Kilchberg), Daniel Hodel (GLP, Zürich), Ann Barbara Franzen (FDP, Niederweningen)*
- **Konzept für Fernunterricht**
Postulat *Christoph Ziegler (GLP, Elgg), Marc Bourgeois (FDP, Zürich), Carmen Marty Fässler (SP, Adliswil)*
- **Umgang des Kantons Zürich mit der besonderen Lage**
Interpellation *Rosmarie Joss (SP, Dietikon), Andreas Daurù (SP, Winterthur), Markus Späth (SP, Feuerthalen)*
- **Generalsekretariat II mit massiven Kreditübertragungen**
Interpellation *Diego Bonato (SVP, Aesch), Jürg Sulser (SVP, Otelfingen)*
- **Fahrverbote für übermässig laute Motorräder**
Anfrage *Wilma Willi (Grüne, Stadel), Benjamin Walder (Grüne, Wetzikon), Urs Dietschi (Grüne, Lindau)*
- **Wasserversorgungsanlagen in abgelegenen Gebieten**
Anfrage *Walter Honegger (SVP, Wald)*
- **Zeitnahe Rechnungstellung der Quellensteuer**
Anfrage *Beat Huber (SVP, Buchs), Martin Farner-Brandenberger (FDP, Stammheim), Rochus Burtscher (SVP, Dietikon)*
- **Liegenschaften im Finanzvermögen**
Anfrage *Hans Egli (EDU, Steinmaur), Walter Honegger (SVP, Wald)*
- **Diskriminierung von Kulturschaffenden mit religiösem Hintergrund?**

Anfrage *Hanspeter Hugentobler (EVP, Pfäffikon)*, *Markus Schaaf (EVP, Zell)*, *Mark Anthony Wisskirchen (EVP, Kloten)*

– **Coronabedingte Stellenveränderungen Kantonspolizei – Flughafencorps**

Anfrage *Romaine Rogenmoser (SVP, Bülach)*, *Elisabeth Pflugshaupt (SVP, Gossau)*, *Jürg Sulser (SVP, Otelfingen)*

– **Prüfung Jahresrechnung – Mehraufwand für das Gemeindeamt**

Anfrage *Michael Biber (FDP, Bachenbülach)*, *Erika Zahler (SVP, Boppelsen)*, *Jean-Philippe Pinto (CVP, Volketswil)*

– **Einheitliche Praxis im Einbürgerungsverfahren**

Anfrage *Sibylle Marti (SP, Zürich)*, *Rafael Steiner (SP, Winterthur)*, *Nicola Yuste (SP, Zürich)*

Schluss der Sitzung: 17:50 Uhr

Zürich, den 29. Juni 2020

Die Protokollführerin:

Daniela-Graziella Jauch

Von der Protokollprüfungskommission der Geschäftsleitung genehmigt am
XXXXXXX 20XX.